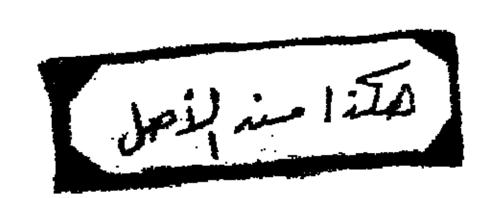


ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DIENSTAG, 3. SEPTEMBER 1974 • PREIS: IL 1.— יום שלישי, ט"ז באלול תשל"ד ★ המחיר: ל"י

BODENPERSONAL VON EL AL NIMMT ARBEIT IN VOLLEM UMFANGE WIEDER AUF

Vielstuendige Verstaendigungskonferenz bei Verkehrsminister Jakobi

Nachdem das Bodenpersonal und alle übrigen Angestellten der Gesellschaft El Al die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen hatten, fand eine Sitzung unter Leitung von Verkehrsminister Jakobi statt. An dieser beteiligten sich alle neun Betriebsräte der Gesellschaft, wie auch die Vertreter der Direktion. Die Sitzung dauerte viele Stunden, und ihr Zweck war es, eine endgültige Regelung für den Konflikt innerhalb der Gesellschaft zu finden. Verkehrsminister Jakobi unterstrich mit Nachdruck, dass alle Vereinbarungen im Rahmen der Gesetze und der offiziellen Lohnpolitik getroffen werden müssten.

Der gestrige Tag im Flughafen Lod stand im Zeichen dramatischer Ereignisse. Am Vormittag wurden fünf Flüge — wie üblich — mit Verspätung abgefertigt, bis um 12.22 Uhr, die Angehörigen des Bodenpersonals die Arbeit völlig einstellten. Auch die Maschine für den Flug 333, die startfertig war, konnte den Flug nicht antreten. Zwei höhere Beamte, die die Räder des Flugzeuges freimachen wollten, wurden daran von anderen Arbeitern gehindert.

Die Bodenangestellten nahmen den vollen Streik auf, weil inzwischen neun Mitglieder des Betriebsrates zur Vernehmung zur Polizei bestellt worden waren. Darin sahen sie ein „unzulässiges Eingreifen" der Polizei in eine gewerkschaftliche Auseinandersetzung. Sie forderten alle anderen Betriebsräte auf, mit ihnen eine gemeinsame Sitzung abzuhalten und sich über weitere *Massnahmen schlüssig zu* werden. Durch diese Schritte wurde der gesamte Betrieb auf dem Flughafen lahmgelegt. Nach Ankündigung der Betriebsräte sollte die Arbeitspause bis zur Beendigung der Vernehmung durch die Polizei andauern. Einer der Betriebsräte, Amikam Arieli, wurde gegen IL 1.500 Kaution vorläufig freigelassen, gegen die anderen wurde weiter ermittelt. Sie alle wurden der Missachtung der gerichtlichen Verfügung in der Sache ihres Streiks beschuldigt.

Die Gesellschaft El Al musste alle Flüge annullieren u. schickte *die anwesenden Passagiere* auf ihre Kosten in Hotels. Weitere Fluggäste erhielten telefonische Verständigung vorläufig nicht nach Lod zu kommen und Anweisung von El Al abzuwarten. Da dieser „Telefondienst" schon vorher in Funktion war, hatten sich nicht viel Fluggäste im Flughafen befunden. Die Passagiere der Maschine 333, die wieder aussteigen mussten, waren natürlich empört und äusserten sich kritisch über den Service von El Al. Nicht nur sie waren die Leidtragenden, **auch 70 Kühe, die nach Teheran transportiert werden sollten, mussten noch in Lod bleiben.**

Am Nachmittag trat eine neue dramatische Wendung ein. Die Boden-Angestellten und alle anderen *Arbeiter und Angestellten* **nahmen plötzlich die Arbeit wieder im vollen Umfang auf. Praktisch ab 6 Uhr kehrten die Boden-Angestellten zum regulären Dienst zurück. Diese Wendung war auf Verhandlungen mit Verkehrsminister Gad Jakobi zurückzuführen.** Der Minister hatte sich — einem Wunsch der Boden-Angestellten folgend. — zu Verhandlungen bereit erklärt. **Er hatte jedoch als Vorbedingung sofortige Wiederaufnahme der Arbeit im vollen Umfange verlangt.** Diesem Wunsche waren die Boden-Angestellten nachgekommen. Die Gesellschaft El Al *traf sofort fieberhafte* Vorbereitungen für Inkraftsetzung eines neuen Fahrplanes und wollte alles tun, um die Fluggäste möglichst schnell abzufertigen.

Wie noch bekannt wurde, hatte die Direktion von El Al eine Schadenersatzklage gegen die neun Mitglieder des Betriebsrates des Bodenpersonals eingereicht, und zwar wurde jeder auf Zahlung von IL 25.000 verklagt.

Gestern abend organisierte die Gesellschaft El Al in aller Eile Flüge und verständigte die Passagiere durch Rundfunk und Telefon über die Abflugtermine.

Der Verkehrsminister greift ein

Verkehrsminister Gad Jakobi hatte sich unmittelbar nach seiner Rückkehr in den El Al Konflikt eingeschaltet und hatte Besprechungen *mit Ministerpräsident* Rabin, den Führern der Histadrut und der Direktion von El Al. Die Vertreter des Bodenpersonals hatten sich gleichfalls an ihn gewandt.

Nachdem sie den Streik abgebrochen hatten, **wurden sie zu einer Sitzung eingeladen, die gestern nachmittag im Tel Aviver Büro des Verkehrsministers stattfand.**

In einem Rundfunk-Interview erklärte Verkehrsminister Jakobi, dass die *Methoden* untragbar seien, die die Angehörigen des Bodenpersonals angewandt hätten. Er hoffe, dass sie nunmehr einsehen würden, dass dies nicht der Weg sei, um Forderungen durchzusetzen, und das jetzt angewendete Manöver dürfe nicht wiederholt werden.

Jakobi wurde über die Schadensersatzklage der Gesellschaft El Al befragt. Dazu bemerkte er, dass die Regierung die Direktion von El Al ermächtigt habe, *diese Klage einzureichen.* **Schliesslich hätten die Mitglieder des Betriebsrates zwei Gesetze und auch Verträge verletzt. Wer sich solcher Verfehlungen schuldig macht, muss auch das Risiko einer Strafe einkalkulieren.**

Jakobi wurde dann gefragt, ob die Gesellschaft El Al alles getan habe, um den Streik zu vermeiden und ob sie den Arbeitern *und* Angestellten nicht weiter hätte entgegenkommen sollen. Darauf antwortete der Verkehrsminister: **„Wenn eine öffentliche Gesellschaft allen Wünschen der Arbeiter und Angestellten entgegenkommt, dann wird sie auch nicht einen Tag länger bestehen können."** Der Minister verlangte, dass alle Vereinbarungen im Rahmen der offiziellen Lohnpolitik getroffen werden müssten.

Aufrollung der Palaestina-Frage vor der UN-Vollversammlung

Kairo (R, UPI) — Der Rat der arabischen Liga (unter Beteiligung der Aussenminister), beschloss einstimmig, bei der kommenden UN-Tagung, Aufrollung der Palästina-Frage und Anerkennung der Befreiungsorganisation für Palästina als Vertretung der Palästinenser zu verlangen. Daraufhin richtete der Generalsekretär der arabischen Liga, Riad, ein Telegramm an den UN-Generalsekretär, Dr. Kurt Waldheim, in dem er die Forderung nach besonderer Behandlung der Palästina-Frage erhob.

Riad erklärte Journalisten, die Aussenminister hätten ihn aufgefordert, auch die arabischen Delegationen am Sitz der UN zu verständigen, damit sie die erforderlichen Schritte einleiten könnten.

Nach der Annahme des Beschlusses erklärte der in Kairo anwesende Vertreter der Befreiungsorganisation (PLO), Maizar, (ein *Araber*, der aus dem Westufergebiet ausgewiesen worden war), **dass die Befreiungsorganisation den Beschluss 242 des Sicherheitsrates von 1967 entschieden ablehnt. Für die Palästinenser gehe es um eine Frage von „Existenz und Mission in der Zukunft und nicht allein um Territorien."**

Die Terroristen wollen in den nächsten Tagen eine Delegation nach New York entsenden, die in Koordination mit der arabischen Liga vorgehen soll. Auf diese Weise soll dafür gesorgt werden, dass die arabischen Delegationen und die Vertreter befreundeter Staaten in möglichst zweckmässiger Weise die Sache der Palästinenser vorbringen. Maizar erklärte, es handle sich um den wichtigsten Beschluss *der Arabischen Liga seit* 25 Jahren.

Kairo (UPI) — Die PLO teilte den Vereinigten Staaten nach Meldung aus „kompetenten Quellen" mit, dass sie zu direkten Gesprächen mit den Vereinigten Staaten über die Palästina-Frage bereit sei. Die Befreiungsorganisation stellt nur eine Bedingung: die Gespräche *müssen öffentlich stattfinden* und sollen nicht geheimgehalten werden. Die Terroristen übermittelten ihre Vorschläge durch radikale arabische und afrikanische Länder, „die gute Beziehungen zu Washington unterhalten". Zum ersten Mal haben die Terroristen einen solchen Schritt unternommen, um direkten Kontakt mit den USA aufzunehmen.

Beirut (AFP) — Nach Meldung der libanesischen Zeitung „Al Nahar" will die Befreiungsorganisation für Palästina eine internationale Werbeaktion einleiten, um bei der kommenden UN-Vollversammlung Annahme eines *Beschlusses* zur Frage Palästina zu sichern.

Nach der Darstellung des Blattes will die PLO Delegationen nach Europa, Asien, Afrika, Südamerika und Kanada entsenden. Vorläufig ist Washington nicht in den „Werbeplan" einbezogen. Die Befreiungsorganisation *ist daran interessiert,* dass die UN-Vollversammlung eine Resolution annimmt, in der alle vorherigen UN-Beschlüsse bekräftigt werden.

Wenn die Vereinten Nationen tatsächlich die Forderungen der Arabischen Liga annehmen sollte, so können nach der Darstellung der französischen Nachrichtenagentur die Palästinenser zum ersten Mal ihre Sache selbst vertreten und sie werden die Schaffung eines „demokratischen Palästina-Staates" verlangen, der an *die Stelle Israels treten wird.*

Schroeder betont Freundschaft Deutschlands mit Israel

Jerusalem (HM) — Während eines Abendessens, das der Knessetvorsitzende, Israel Jeschajahu, der im Lande zu Gast weilenden Bundestags-Delegation, unter Führung von Dr. Gerhard Schröder gegeben hatte, kam es zwischen dem Gastgeber und dem Delegationsvorsitzenden zu einem Austausch von Tischreden.

Knessetvorsitzender, Israel Jeschajahu, erinnerte seine deutschen Gäste daran, dass Europa die Israelis schwer enttäuscht habe, besonders während des Jom Kippur-Krieges.

Dr. Schröder entgegnete, dass er die aufrichtigen Worte Jeschajahu zu schätzen wisse. Aufrichtigkeit zwischen Freunden sei immer begrüssenswert. Indem er betonte, in seinem persönlichen Namen zu sprechen, *gab er Jeschajahu recht, dass die* Beziehungen zwischen Europa u. Israel nicht gerade den Vorstellungen Israels entsprechen. Gleichzeitig unterstrich der Sprecher der Delegation die fortgesetzte Freundschaft zwischen der Bundesrepublik und Israel.

Schröder vertrat auch die Meinung, dass sich Europa in Nahostfragen mehr an die USA anlehnen sollte.

Gestern vormittag stattete die Delegation des Bundestags Ministerpräsident Jizchak Rabin u. anschliessend dem Staatspräsidenten, Prof. Katzir. Besuche ab. *Dann* waren die Besucher beim Vizegeneraldirektor des Aussenministeriums für Europa. Seew Sheck, Mittagsgäste. Nachmittag waren einige Stunden mit Besichtigungen in Jerusalem und Umgebung ausgefüllt.

Ueber die Zusammenkunft der Delegation mit Ministerpräsident Rabin. die nahezu eine Stunde andauerte und an der auch der deutsche Botschafter in Israel, Jesco von Puttkamer teilnahm, wurde nichts veröffentlicht. Sie soll einem „offenen Meinungsaustausch" gedient haben.

Heute vormittag wird die De*legation* von Aussenminister Jigal Allon empfangen werden.

Erste grosse Projekte zur Hebung des Sozialstandards

Jerusalem (HM) — In Jerusalem trat der Ausschuss für Sozialpolitik, unter Vorsitz von Polizei- und Innenminister, Schlomo Hillel, zu einer Sitzung zusammen, die mit grundsätzlichen Beschlüssen endete.

Der Ministerialausschuss kam u. a. überein, die Erziehung Jugendlicher aus sozial rückständigen Schichten im Rahmen von drei Dringlichkeitsprojekten zu fördern. Einer der Pläne sieht vor, die Zahl der sozial rückständigen Jugendlichen, sowohl in den Mittelschulen, als auch in den Hochschulen durch finanzielle Vergünstigungen seitens des Staates zu vergrössern. Zu diesem *Zwecke* ist voraussichtlich für den Rest des gegenwärtigen Finanzjahres 1974-75 und für das kommende Finanzjahr 1975-76 eine Investition von IL 140 Mio. aus öffentlichen Mitteln erforderlich.

Ein Teil des Geldes dürfte im Rahmen des regulären Staats*haushaltes flüssig gemacht* werden; ein anderer Teil soll durch freiwillige und administrativ kassierte Beiträge von besser gestellten Mittel- und Hochschülern eingezogen werden.

61.400 TOURISTEN IM AUGUST

Jerusalem (HM) — Einer Mitteilung des Statistischen Zentralamtes und des Touristikministeriums *zufolge*, kamen im August 1974 insgesamt 61.400 Touristen ins Land. **Dies entspricht einer 15%igen Steigerung im Vergleich zum vorhergegangenen Monat Juli, ist jedoch** im Durchschnitt, verglichen mit dem ersten Halbjahr **1974, immer noch unterhalb der Norm.**

Von den 61.400 Touristen im August kamen 52.800 auf dem *Luftwege*, 1.600 mit Schiffen u. 4.300 im Rahmen von Mittelmeerkreuzfahrten zu ein- oder zweitägigen Besuchen im Hafen von Haifa.

ACHT VERLETZTE BEI VERKEHRSUNFALL

Bei einem Zusammenstoss zwischen einer Beton-Mischmaschine und einem Militärauto in der Nähe von Natania, wurden acht Personen verletzt. Durch den Zusammenstoss wurde der Verkehr auf der Hauptchaussee für einige *Zeit* aufgehalten.

Arabische Politiker auf Reisen

★ **Der syrische Präsident Assad** traf an der Spitze einer grossen *Delegation*, zu der auch *Aussenminister Hadam* gehört, zu einem offiziellen Besuch in Rumänien ein. Bei diesem soll der arabisch-israelische Konflikt verhandelt werden.

★ **König Hussein** nahm inzwischen den Weg nach Westen und er erschien in London, wo er mit Premierminister Wilson und den Mitgliedern der Regierung Besprechungen über die Entwicklung im Nahen Osten abhalten möchte.

★ ***Der ägyptische Aussenminister Fahmi*** *wird* nach seiner eigenen Mitteilung im Oktober nach Moskau zu dem längst erwarteten „Verständigungsbesuch" fliegen. Fahmi hätte schon im Juni Moskau besuchen sollen, war jedoch im letzten Moment ausgeladen worden.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA erstrebt

Gestern begab sich eine israelische Wirtschaftsdelegation unter Führung des Generaldirektors des Handels- und Industrieministeriums, Dr. Mandelbaum, nach den USA, die in Washington Verhandlungen mit einer Arbeitsgruppe über konkrete Probleme der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen führen wird. Die Reise erfolgt auf Grund der Vereinbarungen anlässlich des Nixon-Besuches. Der Abflug wurde durch die Streiks mehrfach verzögert.

Dr. Mandelbaum erklärte vor seiner Abreise, dass die Delegation sich auf Grund von konkreten Vereinbarungen mit dem amerikanischen Finanzminister Simon nach den USA begibt. Sie soll weitere Besprechungen der Finanz- und Handelsminister vorbereiten, die im November abgehalten werden sollen.

Nach dem Besuch von Simon hatte das *Kabinett* eine *inter*ministerielle Kommission unter dem Vorsitz des Generaldirektors des Finanzministeriums eingesetzt. Dazu kamen mehrere Unterkommissionen für Fachgebiete, die bestimmte Pläne ausarbeiteten. In den USA waren inzwischen ebenfalls Ausschüsse unter Leitung von *führenden* Beamten tätig. Die Experten des Handels- und Industrieministeriums haben schon die Vorschläge vorbereitet, die sie in Washington vorlegen wollen. Israels Vertreter wollen in Verhandlungen empfehlen, dass die Vereinigten Staaten keine Begrenzungen für den Handel mit solchen Rohstoffen einführen sollen, die für Israel wichtig sind. Ferner wird vorgeschlagen, dass Sachverständigenausschüsse für den Austausch technischen Fachwissens gegründet werden *sollen. Israelische* Experten sollen in die Forschungsarbeit amerikanischer Betriebe eingegliedert werden.

Möglichkeiten zur Verstärkung des gegenseitigen Handels sollen gesucht werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird auch gebeten werden, amerikanische Investitionen in Israel durch Vermeidung von Doppelbesteuerung zu fördern. Der Leiter der Staatseinnahmen. Mosche Neudörfer, will sich besonders dieses Themas annehmen.

Der Komplex der Brennstoffversorgung wird nicht in den Bereich der jetzigen Besprechungen einbezogen. Er soll in anderen Gremien zur Behandlung kommen.

VERHAFTUNG IN DER DEVISENAFFÄRE

Ein 35jähriger Tourist aus den USA wurde von der Kriminalpolizei verhaftet. Er wird verdächtigt, dass er die illegale „Devisenbank" die kürzlich in Tel Aviv ausgehoben wurde, mit Valuta versorgt hat. Wie der Untersuchungsbeamte erklärte, versuchte der Tourist bei seiner Verhaftung Banknoten zu verschlucken, er konnte jedoch *rechtzeitig daran gehindert werden.*

Der Verteidiger des Hauptangeschuldigten in der Affäre Jizchak Zweigenbaum, der Anwalt Zwi Lidski, traf mit seinem Mandanten im Gefängnis zusammen.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

● **Der deutsche Bundeskanzler**, Helmut Schmidt. traf in Paris mit dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing zu einer als privat bezeichneten Besprechung zusammen. Sie galt in erster Linie der Bekämpfung der Inflation und den Fragen der Europa-Politik.

● **Der zypriotische Präsident**, Klerides, sollte mit dem Führer der türkischen Minderheit. Denktash, zu einer weiteren Besprechung zwecks Erörterung humanitärer Probleme zusammentreffen. Im letzten Moment wurde die Unterredung jedoch vertagt.

● **Zum neuen Direktor** der UN-Hilfsorganisation für die arabischen Flüchtlinge im Libanon (UNRWA) wurde der Franzose Robert Trivos, ernannt.

● **Eine deutsch-arabische Kulturwoche** wird am 9. September in Tübingen eröffnet werden.

● **Libyen** hat dem Libanon Unterstützung bei dem Erwerb von Waffen angeboten.

● **Sieben Mitglieder** des amerikanischen Senats, unter Führung von Senator Fulbright, sind zu einem einwöchigen Besuch in Peking eingetroffen.

ISRAELS KORBBALLER ERFOLGREICH

Israels Korbballmannschaft siegte in Teheran über die Philippinen 122 : 73 (Halbzeit 59 : 40).

Die Tennismannschaft Israels siegte über Laos und erlag jedoch später im Spiel gegen die Philippinen.

DAS WETTER

Teilweise bewölkt, leichter Regen möglich.

Temperaturen: Jerusalem 17—25, *Tel Aviv 21—29*, Haifa 24—29, Höhe von Golan 14—23, Tiberias 21—34, Lod 20—30, Gaza 21—30, Beer Schewa 18—30, Ejlat und Golf Schlomo 24—36 Grad.

תל-אביב-יפו
TEL-AVIV—JAFO
P. P. — שולם
139

aus Israels PRESSE

DER STREIK DES EL AL-BODENPERSONALS

Der fortgesetzte Streik des El Al-Bodenpersonals wird von der gesamten Presse heftig angegriffen; verschiedene Blätter fordern die Regierung zu entschiedenen Massnahmen auf.

Haarez bezeichnet den Streik als Gipfel der Verantwortungslosigkeit. Die El Al-Arbeiter wollen mit Gewalt ihren Willen der Gesellschaft aufzwingen, und es ist an der Zeit, dass Regierung und Histadrut sich nicht mehr mit Ermahnungen begnügen, sondern zu scharfen Massnahmen greifen. Der Leitartikel des Haarez trägt die Ueberschrift: „Das Vorgehen von Rowdies muss vereitelt werden."

Dawar warnt das Bodenpersonal vor den Folgen ihres Vorgehens. Die Affäre kann leicht aus dem Bereich der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung in den kriminellen Bereich hineingeraten, wenn das Ganze mit Verhaftungen und Strafen beendet werden wird. Die El Al-Arbeiter würden gut daran tun, sich nicht auf eine grosse direkte Auseinandersetzung mit der Regierung und El Al einzulassen, während für sie kein Funken Symphatie mehr in der Oeffentlichkeit besteht. Am Ende werden die Arbeiter und die Leitung von El Al gemeinsam teuer für das Vorgehen in diesen Tagen zu zahlen haben.

Al Hamischmar bekennt sich zwar grundsätzlich zum gewerkschaftlichen Kampf, lehnt jedoch das Verhalten des Bodenpersonals von El Al mit aller Entschiedenheit ab. Diese Arbeiter sollten schleunigst zur Arbeit zurückkehren und den Vertrag annehmen, der mit Hilfe der Histadrut ausgehandelt wurde. Es ist einer der besten Verträge, der in Verhandlungen je erreicht wurde. Wahrscheinlich wird nichts anderes übrig bleiben, als eine Menge ausländischer Flugzeuge zu chartern, um den Betrieb von El Al aufrecht zu erhalten.

Hazofe schreibt die Fortsetzung des Streiks der Schwäche der Regierung zu. Das Kabinett beschäftigte sich zwar mit dem Streik in sehr energischer Weise, nahm jedoch völlig farblose und nichtssagende Beschlüsse an. Es ist bedauerlich, dass die Regierung keine entschiedenen Massnahmen ergreift und keine Dienst-Verpflichtungsbefehle erlässt, um die Arbeiter zum regulären Dienst zurückzubringen.

Hamodia erinnert daran, dass bei früheren Abkommen auch finanzielle Klauseln in Arbeitsverträge eingeschlossen wurden. Dadurch wurden die Arbeiter auch bei Verletzung der Arbeitsverträge von der Pflicht zur Zahlung von Strafen befreit; jeder kann bei uns tun, was er will.

Schearim rät den Arbeitern, sich in ehrenvoller Weise zurückzuziehen, bevor sie in ein schicksalsvolles Ringen mit der Regierung und der Histadrut geraten. Der Staat ist am Ende doch stärker als die 500 Arbeiter von El Al; die Regierung sollte sich unter keinen Umständen zurückziehen.

Omer versichert der Regierung, dass die Oeffentlichkeit jeden energischen Schritt der Führung unterstützen wird, damit dem jetzigen Zustand eine Ende bereitet werden kann.

GEGEN DROHUNGEN

Al Anba (arabisch) warnt die arabischen Staaten davor, mit Kriegsdrohungen gegen Israel aufzutreten. Auf diese Weise werden sie keine Lösung erzwingen. Zum Friedensschluss gehören zwei Seiten, und auch Israel muss um seine Meinung gefragt werden.

SAPIRS RUECKKEHR

Jerusalem Post begrüsst den Vorsitzenden der Sochnut, Pinchas Sapir, zu seiner Rückkehr aus Südamerika. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, dass er Schritte zur schnellen und reibungslosen Eingliederung der Einwanderer unternehmen wird.

DIE MEINUNG DER ABENDBLÄTTER

Maariw ist darüber erstaunt, dass die Regierung sich nicht zu energischen Beschlüssen gegen das streikende Bodenpersonal von El Al aufraffen konnte. Das Blatt fragt, ob dies darauf zurückzuführen ist, dass die Regierung zu schwach war, oder dass sie nicht wusste, was sie tun sollte. Wenn das Bodenpersonal von El Al und andere Gruppen sich mit ihren Streiks durchsetzen werden, so wird dies eine Aufforderung an weitere einflussreiche Arbeitergruppen sein, ihre Wünsche mittels Anwendung von Streiks durchzusetzen.

Jediot Achronot begrüsst Aluf Zwi Tamir anlässlich seines Ausscheidens aus dem Amte als Leiter des geheimen Nachrichtendienstes. Auch jetzt wurde nichts über Charakter und Methode dieses Dienstes bekanntgegeben, der einen Kampf gegen die Feinde unseres Staates zu führen hat. Zwi Tamir ist ein hoher Offizier, der auch in den Jahren der Anonymität seine Qualitäten für die Förderung dieses wichtigen Dienstes einsetzen konnte, der viele Erfolge verzeichnete.

Aufteilung der erhöhten Kriegsanleihe auf alle Monate dieses Jahres möglich

Die meisten Arbeitnehmer werden in diesen Tagen bedeutend niedrigere Gehaltszahlungen als in den Vormonaten erhalten, weil ihnen vom Arbeitgeber die erhöhte Kriegsanleihe für fünf Monate vom August-Gehalt abgezogen wurde.

Der Kriegsanleihe, die früher 7% des steuerpflichtigen Einkommens ausgemacht hatte, wurde mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres eine weitere Kriegsanleihe in Höhe von 5.25% hinzugefügt. Zur Vereinfachung der Gehaltsberechnung wurden beide Anleihen zusammengelegt: von diesem Termin an sollten 12.25% von einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen bis zu 40.000 IL und 14.25% von einem solchen über 40.000 IL abgezogen werden. Die genauen Durchführungsbestimmungen blieben jedoch aus. Am 20. August, als die Betriebe ihre Gehaltsabrechnungen zusammenzustellen begannen, war nicht bekannt, dass die Möglichkeit besteht, den Abzug der erhöhten Kriegsanleihe auf alle Monate bis zum Ende des Jahres 1974 aufzuteilen. Nicht einmal die Computer, die das Gehalt der Regierungsbeamten errechnen, konnten auf eine solche Aufteilung umgestellt werden, weil auch nach Rückfrage bei den Steuerbehörden keine Klarheit zu erlangen war.

So mussten sich zumindest die Behörden an die früher ergangenen Anweisungen halten und die erhöhte Kriegsanleihe für die Monate April—August auf einmal vom August-Gehalt abziehen. Die Abzüge können daher bis zu 30% des steuerpflichtigen Einkommens betragen, also mehrere 100 IL ausmachen.

Die Direktion der Staatseinnahmen hat jetzt erklärt, dass nicht geplant war, einen Abzug des seit fünf Monaten fälligen Anleihenbetrags vom August-Gehalt zu fordern; es war vielmehr eine Aufteilung über mehrere Monate vorgesehen, wenn auch die entsprechenden Anweisungen nicht mehr fertiggestellt werden konnten. Es ergibt sich daraus, dass alle Arbeitnehmer, denen vom August-Gehalt ein höherer Anteil abgezogen wurde, als sie entsprechend der Aufteilung hätten zahlen müssen, die Rückerstattung eines Teils der abgezogenen Summe von ihrem Arbeitgeber fordern können.

Drusen aus Migdal Schams unter Spionageverdacht

Die Sicherheitsorgane haben einige Drusen aus Migdal Schams zu Ermittlungszwecken festgenommen.

Bereits gelegentlich der Festnahme eines aus Migdal Schams stammenden Unteroffiziers der syrischen Armee vor etwa zwei Wochen war bekanntgeworden, dass sich die Drusen dieser Siedlung an den Abhängen des Hermon mit ihren Familienangehörigen, die auf syrischem Gebiet wohnen, zu Aussprachen treffen. Die israelischen Sicherheitsorgane wissen davon und haben eine Oeffnung im Grenzzaun gelassen, ja sogar die gemeinsame Bearbeitung von Böden auf beiden Seiten des Zaunes zugelassen.

Es besteht jedoch der Verdacht, dass einige Drusen dieses Zugeständnis zu Spionagezwecken ausgenutzt haben. Möglicherweise war die Entführung von drei Ortsbewohnern durch Terroristen vor etwa einem Monat durch solche Spionageaktionen vorbereitet worden.

Unter den Festgenommenen befindet sich ein Bruder des Drusenführers Suleiman Kangh; bereits früher war ein anderer Familienangehöriger, Kamal Kangh, wegen Tätigkeit zugunsten des Feindes verhaftet worden.

Die Drusen im Golan und deren Führer bedauern, dass sie wiederum unter derart schwerem Verdacht stehen. Sie betonen, dass sie wegen ihrer Loyalität gegenüber dem jüdischen Staat schon viele schwere Verfolgungen erleiden mussten. Im Jom Kippur-Krieg waren ihre Siedlungen von den syrischen Flugzeugen erbarmungslos angegriffen und viele ihrer Bewohner getötet oder verwundet worden. Die ihnen eingeräumten Zugeständnisse hätten sie stets nur zu einer Aussprache mit ihren Familienangehörigen benutzt. Auf der anderen Seite besteht jedoch der Verdacht, dass sich die Drusen von Migdal Schams für alle Fälle absichern wollen.

Modewoche in New York entscheidend fuer die Zukunft der Textilbranche

Morgen wird im „Hilton"-Hotel von New York eine internationale Modewoche eröffnet. Auch Israel nimmt daran teil und erblickt in diesem Ereignis eine schicksalshafte Entscheidung über die Zukunft seiner Konfektions-Industrie. Wenn umfangreichere Bestellungen aus den USA und aus Kanada für den Sommer 1975 ausbleiben, wird Israel seine Textilproduktion einschränken müssen.

Der Werbeaufwand für diese „Woche", die zehn Tage lang dauert, nämlich bis zum 13. September, beläuft sich auf etwa 150.000 IL. Es geht darum, möglichst viele Interessenten aus diesen beiden nordamerikanischen Staaten zu gewinnen. Israel kommt zugute, dass die Ausstellungsleitung wegen der begrenzten Lagerräume in diesem Jahr nur 39 Produzenten (anstelle von 46 bei der vorangegangenen Modewoche) beteiligen konnte. Auf der anderen Seite ist aber die Konkurrenz der traditionellen Erzeugerfirmen aus Westdeutschland und England stärker geworden. Darum kommen die israelischen Firmen mit einem besonderen Qualitätsangebot und mit Unterstützung durch entsprechende Werbeaktionen nach New York.

BILA gewann fuenf Medaillen auf der Invaliden-Olympiade



Die 22jährige Bila Weinstock kehrte mit fünf Medaillen von der Invaliden-Olympiade in England zurück. Die 25 israelischen Teilnehmer an dieser Veranstaltung konnten insgesamt 19 Medaillen erringen.

Bila Weinstock erkrankte im Alter von zwei Jahren an spinaler Kinderlähmung und ist seitdem an beiden Füssen gelähmt. Sie fuhr nun zum ersten Mal zu einer Invaliden-Olympiade und konnte in fünf Sportwettkämpfen eine Medaille gewinnen — im Speerwerfen, im Wagenrennen auf einer Hindernisstrecke, im 25 m-Brustschwimmen, im 25 m-Rückenschwimmen und im 75 m-Schwimmen im freien Stil.

Seit drei Jahren arbeitet Bila Weinstock in den „Telrad"-Telefonwerken in Lod als technische Zeichnerin.

Auf dem Bild: Werksdirektor Gerschon Golan beglückwünscht seine Betriebsangehörige zu ihrem Erfolg.

Neuer Chef des Geheimdienste[s] — Name wird nic[ht] genannt

Nach Ausscheiden von Zwi Tamir (nach sechsjähri[gem] Dienst) hat ein neuer Chef [die] Leitung des Geheimdie[nstes] (Mossad) übernommen. [Der] Name des Chefs wird wäh[rend] seiner Dienstzeit nicht gen[annt]. Diese Methode ist seit je ü[blich] und wird unter anderem [auch] in Grossbritannien zur An[wen]dung gebracht.

Im Büro des Ministerp[räsi]denten fand die Amtsüber[gabe] an den Nachfolger von Tamir statt. Ministerpräsi[dent] Rabin würdigte in warmen W[or]ten die Tätigkeit von Aluf T[amir] und wünschte seinem Nac[hfol]ger viel Erfolg. In einem [Ab]schiedsbrief an Tamir macht [Ra]bin darauf aufmerksam, dass [die] Amtszeit des bisherigen C[hefs] für das Land durch schwie[rige] politische u. militärische Au[sein]andersetzungen gekennzeic[hnet] war. Wie Rabin weiter erk[lärte], „spielten der Beitrag des Mo[ssad] und der eigene Beitrag von [Tamir] mir eine sehr wesentliche Ro[lle]. Unter der Leitung von T[amir] hat der Geheimdienst schw[ieri]ge und komplizierte Aufga[ben] ohne Publizität zu erfüllen [ge]habt. „Nur wenige, die die [Ein]zelheiten kennen, können [die] Wichtigkeit der Leistung beur[tei]len", schloss Rabin seinen Br[ief].

Aluf Zwi Tamir waren [im] Amte vorausgegangen: Isser [Har]rel und Aluf Meir Amit, [die] ihrerseits Entscheidendes z[um] Aufbau dieser für Israel wichtigen Institution beige[tra]gen haben.

Rechte der Juden in der Sowjetunion vor internationalem Juristenkongress

London (R) — An die 15 Juristen aus den Staaten des Westens werden in London zu einer zweitägigen Konferenz zusammentreten um über die Rechte der sowjetrussischen Juden zu beraten. Die Konferenz wird am 21. und 22. September stattfinden;

Wie die Veranstalter der Konferenz erklären, wird diese nicht nur untersuchen, ob die Sowjetunion ihre eigenen Gesetze einhält, sondern auch, ob diese Gesetze und deren Vollzug den allgemein anerkannten internationalen Masstäben entsprechen.

In der Erklärung, welche die Veranstalter der Konferenz veröffentlichten, wird gesagt, dass diese veranstaltet wird, weil sich die Beschwerden über Verfolgungen, Diskriminierungen, unberechtigte Verhaftungen, inszenierte Prozesse, fabrizierte Beweise und Ausübung unerträglichen Druckes mehren.

Wie in der Erklärung betont wird, werden an der Konferenz alle politischen Ansichten und alle Glaubensbekenntnisse vertreten sein, aber es werden zu ihr keine sowjetrussischen Juristen eingeladen werden. Zu den Initiatoren der Konferenz gehören: Thomas Clark, Richter [am] Obersten Gericht der Verei[nig]ten Staaten bis 1967, Chaim [Co]hen, Richter am Obersten [Ge]richt in Israel, Arthur Goldbe[rg], früherer Botschafter der Ve[rei]nigten Staaten bei der UN, [und] Gaston Monervolle, Mitglied [des] französischen Verfassungsrate[s].



Herr Ing. Gary Osterer
Generaldirektor von
PANTOURIST,
ist Mitglied der israelischen
Delegation am
ORLANDO-FLORIDA-
Kongress vom 7. Sept. 1974
„DISCOVER AMERICA
POW-WOW,"
zu dem 48 Länder
eingeladen wurden.

Kein frischer Wind aus Kanada

„Montrealer Nachrichten" weiter auf antiisraelischem Kurs

Von OBSERVER

Mir kam der Artikel „Des Observers bornierte Intoleranz" von Regierungsrat a.D. Dr. jur. Hilde Löffler in den „Montrealer Nachrichten" in die Hände, in dem die Verfasserin über meine Aeusserungen in unserer Zeitung vom 11. April herfällt. Zuerst habe ich meinen Artikel auf grobe und beleidigende Worte hin nachgeprüft, habe jedoch keine gefunden, dafür hält es die Verfasserin in Montreal für richtig, mir „von chauvinistisch bornierter Intoleranz zeugende Auslassungen" zuzuschreiben. Ich werde diesen Ton nicht benutzen, da ich fürchte, dass das alte Sprichwort weiter gilt: „Wer schimpft, hat unrecht".

Vielmehr will ich der Regierungsrätin jenseits des Meeres nochmals zu erklären versuchen, warum ich auf ihren ersten Artikel reagierte:

Mir scheint es noch kein Chauvinismus zu sein, wenn man in Tel-Aviv — in der Nähe der Schlusslinie im Nahen Osten Sorgen um seine Angehörigen, um unser ganzes Volk und unsere Jugend empfindet. Aus dieser Sorge heraus lehne ich es ab, dass die Grenze von 1967 bis in die Nähe von Tel-Aviv zurückgerückt wird und dass das verbleibende Israel von Natania aus leicht abgeschnürt werden kann. Dieser Meinung war nicht nur die bei der Regierungsrätin unbeliebte Regierung Golda Meir, sondern diese Auffassung vertritt auch die Regierung Rabin, die im allgemeinen als „mehr verständigungsbereit" bezeichnet wird. Nur Mangel an Sachkenntnis kann die Regierungsrätin veranlassen, uns heute erneut einen Palästinenserstaat anzubieten. Der Verfasser ist selbst für diese Idee im Jahre 1967 eingetreten. Inzwischen habe ich mich überzeugen müssen, dass der Plan irreal ist. Ein Staat der Palästinenser am Westufergebiet wäre an sich lebensunfähig und könnte nur mit sowjetischer Waffen- und Finanzhilfe aufrecht erhalten werden, und diese Perspektive sehen auch die Anhänger der Palästina-Befreiungsorganisation vor sich, die dringend die Uebergabe des ehemals jordanischen Westufergebietes an sich verlangen. Ein Staatsgebilde dieser Art an der Seite Israels wäre für uns eine tödliche Gefahr, und wir können ihm nicht zustimmen.

Die Verfasserin in Montreal versucht zwar Stimmen aus Israel anzuführen, um ihre Ansichten zu rechtfertigen. Aber ich kann mich beim besten Willen nicht an die 10.000 Prominenten erinnern, die der Genfer Konferenz eine Denkschrift in ihrem Sinne (wenn es auch Denkschriften gab) vorgelegt haben sollen. (Wieviel Prominente kann es denn überhaupt bei einem Drei-Millionen-Volk geben?) Unter den Prominenten soll sich der Professor General Peled befinden, der von Frau Löffler zum „Herausgeber der Zeitschrift Ot" ernannt wird. Nie hat er diese Funktion wahrgenommen, und hier liegt ein Mangel an Sachkenntnis bei der Regierungsrätin vor. Für diese Eigenschaft finden wir noch ein Beispiel: Als Schwurzeugen zitiert die Regierungsrätin „Arie Alieve", wohinter sich Arie Eliaw verbirgt. Erstens vertritt Eliaw nicht die von Frau Löffler vermuteten Ansichten, ausserdem der Schreiber dieser Zeilen würde — um nicht Mangel an Sachkenntnis hervortreten zu lassen — sich schwer hüten, Namen kanadischer Politiker wie Diefenbaker, Stanfield und Trudeau zu verstümmeln. Wenn man über ein Gebiet schreibt, ist eben basiertes Wissen notwendig.

Aber auf dieses scheint Frau Löffler auch in einem anderen Punkte keinen sehr grossen Wert zu legen. Unentwegt schreibt sie von den „Neuesten Nachrichten", ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass sie ein neues Blatt „Israel Nachrichten" vor sich hat. Nicht wichtig, aber doch bezeichnend für die Art, in der die Regierungsrätin ihre Antwort geschrieben hat.

Ein weiteres Licht auf Frau Löfflers Stimmung bei der Abfassung ihres Artikels wirft folgender Satz: „Uebrigens soll ich unter d. Floskel „vom sicheren Kanada aus" vielleicht verstehen, man würde mich in Israel wegen meiner unkonventionellen Meinungen lynchen?" In meinem Beitrag hatte ich Frau Löffler zwei Dinge empfohlen: mehr Sachkenntnis und ausserdem eine Visite in Israel, um sich ein Bild an Ort und Stelle zu machen. Ich habe also Ansichten vertreten, die von Lynchen weit entfernt sind und statt dessen die Verfasserin zu einem Besuch im Lande aufgefordert. Die „Lynchphrase" scheint nur entstanden zu sein, weil Frau Löffler entweder meinen Beitrag nicht mit genügend Aufmerksamkeit oder wenigstens nicht bis zum Ende gelesen hat. Aber hinter der Empfindlichkeit in diesem Punkte scheint sich ausserdem bei der Ex-Palästinenserin, Frau Löffler, die seit langem bekannte Erscheinung persönlicher jüdischer Unsicherheit in der Diaspora, zu verbergen.

Ueber diesen Komplex haben Persönlichkeiten wie Leon Pinsker, Theodor Herzl, Achad Haam, Kurt Blumenfeld und andere geschrieben. Aber ich will auf dieses Thema nicht weiter eingehen, um die Regierungsrätin nicht weiter aufzuregen und weil ich ausserdem fürchten muss, dass meine Argumente wegen Mangels an Sachkenntnis bei Frau Löffler nicht verfangen werden.

Zum Schluss dieser in aller Ruhe und ohne Beschimpfungen geschriebenen Antwort noch eine Bemerkung: Uns gehen viele im Auslande erscheinende deutschgeschriebene Zeitungen zu, an denen Emigranten (auch viele Juden) beteiligt sind. Sie alle zeigen Verständnis für Israel, und wir unterhalten mit ihnen gute Beziehungen. Es ist bedauerlich, dass die Montrealer Nachrichten eine Ausnahme machen und dass dort eine Jüdin und Expalästinenserin den antiisraelischen Kurs bestimmt und aus Terroristen und Mördern „Freischärler" macht und statt von besetzten Gebieten von „gemachter Beute" spricht.

Strengere Auswanderungsbedingungen oder Nachgiebigkeit Moskaus?

Wenn, wie US-Senator Jackson kürzlich erklärte, die Sowjetunion zu Zugeständnissen in ihrer Auswanderungspolitik gegenüber sowjetischen Juden bereit sei, damit sich die Aussichten für eine Verabschiedung des umstrittenen Handelsgesetzes erleichtern, so muss dieser Sinneswandel in Moskau allerjüngsten Datums sein. Denn noch in der ersten Augusthälfte hörte man ganz andere Nachrichten aus der Sowjetunion, die sich mit dem deckten, was die israelischen Einwanderungsbehörden für das erste Halbjahr 1974 längst festgestellt hatten: die Zahl der Einwanderer war im Vergleich zum ersten Halbjahr 1973 zurückgegangen. Jüdische Kreise in Moskau hatten Anfang August gleichzeitig mitgeteilt, die Zahl der bewilligten Ausreisegenehmigungen für Juden habe sich gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent reduziert, weil im März strenger gefasste Ausreisebestimmungen erlassen worden seien.

Indirekt hat das ebenfalls in der 1. Augusthälfte der Innenminister Litauens, Julius Mikalauskas, bestätigt. Er gewährte der sowjetischen Agentur APN erstmalig über die Lage der Juden in Litauen ein Interview, das inzwischen in mehreren kommunistischen Blättern Westeuropas veröffentlicht worden ist. Nach den Darstellungen von Mikalauskas sollen in den letzten zehn Jahren 8 000 Juden ins Ausland ausgewandert sein, was ein Drittel der in Litauen ansässigen Juden sei. Hingegen seien aus der ganzen Sowjetunion bisher nur 100 000 Juden oder 5 Prozent ausgewandert. Demnach geht Moskau davon aus, dass in der Sowjetunion nur 2 Millionen und nicht 2,5 bis 3 Mill. Juden leben. Bei den aus Litauen auswandernden Juden habe es sich vorwiegend um einen Personenkreis gehandelt, der als Hauptgrund der Ausreise die Familienzusammenführung angegeben habe. Doch dieser Prozess gehe nun zu Ende. 1972 seien im litauischen Innenministerium 2 719 Ausreisegesuche eingelaufen, 1973 — 1 439 und bis April 1974 sollen angeblich nur noch 74 Gesuche eingereicht worden sein.

Auf die Frage, ob alle Gesuche positiv beantwortet würden, gab der litauische Innenminister eine Antwort, die als Bestätigung dafür aufgefasst werden muss, dass die Ausreisebestimmungen verschärft worden sind. Er sagte nämlich, seinem Ministerium lägen 80 Ausreiseanträge litauischer Juden vor, „deren Ausreise die Sowjetunion aus bestimmten Gründen nicht wünscht". Im übrigen könne man nicht von einem „Exodus" der Juden sprechen. Das sei die „reinste Fiktion". Jedenfalls gehe nun „der Prozess der Zusammenführung von getrennten Familien zu Ende, deshalb verringert sich auch die Zahl der Ausreisewilligen."

Dieses Interview trägt eher zur Verwirrung als zur Aufklärung bei, da es zwei Deutungen zulässt: Entweder sollte die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht werden, dass bei den Auswanderungsgesuchen jetzt strengere Masstäbe angelegt werden, da ja zumindest 80 Antragsteller einen negativen Bescheid erhalten haben. Oder aber es sollte für das Abflauen der Auswanderungen aus der Sowjetunion eine beruhigende und halbwegs plausible Erklärung abgegeben werden. Die nächsten Monate werden beweisen, ob Senator Jackson recht behält, dass sich der Standpunkt Moskaus in der Auswanderungsfrage verändert hat.

ARMIN STILLER

Erzieherisches Touristenprogramm

SOMMERPROJEKTE DER ZIONISTISCHEN WELTORGANISATION

Von CHAIM SCHACHTER

Mehr als 8,500 junge Menschen — Lehrer, Studenten und ehrenamtliche zionistische Mitarbeiter — haben diesen Sommer an verschiedenen, von den diversen Abteilungen der Zionistischen Weltorganisation veranstalteten „Sommerprojekten" teilgenommen. Diese Zahl ist bedeutend grösser als die vorjährige und sie beweist, dass sich die Befürchtungen, diesen Sommer werden infolge der politischen Ereignisse und der Tätigkeit der Terroristen viel weniger Teilnehmer kommen, als grundlos erwiesen haben.

Die Teilnehmer an diesen im Juli, August und September stattfindenden Veranstaltungen kommen aus ungefähr 20 Ländern; diesmal waren zum ersten Mal bei Kursen der Religiösen Sektion der Jugend und Hechaluz Abteilung auch Spanien und Portugal vertreten.

Diese Sommer-Besuche können als eine Art erzieherisches Touristikprogramm angesehen werden; ihr Hauptzweck ist die Verstärkung der Verbindung Israel und der Diaspora. Sie sind auch ein sehr wirksames Mittel zur Förderung der Alija, da viele Teilnehmer der Projekte später nach Israel als Olim oder als Freiwillige für eine längere Dienstzeit zurückkommen; jedenfalls fühlen sich alle Teilnehmer Israel viel stärker verpflichtet als früher.

Etwa 5,000 von den diesjährigen 8,500 Teilnehmern kommen im Rahmen der Abteilung für Jugend und Hechaluz; das Department für jüdische Erziehung und Kultur in der Diaspora organisierte den Besuch von 13,500 Teilnehmern, während die Abteilung für religiöse Erziehung und Kultur 1,000 Menschen ins Land brachte. Schliesslich nahmen an den von der Organisations- und Informationsabteilung veranstalteten Seminaren 500 aktive Zionisten teil.

Die meisten Gruppen blieben 45 Tage in Israel. Die erste Woche verbrachten sie in der „Kijat Moriah", dem von der Jugend- und Hechaluzabteilung errichteten Jugendzentrum. Diese Woche wird gewöhnlich dem Studium der Geschichte Jerusalems und Touren in der Hauptstadt gewidmet. Die zweite Woche wird dann in einem „Gadna" Lager verbracht, wo die Besucher in enge Berührung mit der israelischen Jugend kommen und mit der Pfadfinder-Bewegung und Camping vertraut gemacht werden. Auf dem Programm der meistens Jugendgruppen steht dann noch ein 5-tägiger „Feldkurs" der Naturschutz-Gesellschaft. Während der restlichen Zeit betreibt man Studium der hebräischen Sprache und verschiedener Gegenstände von jüdischem und israelischem Interesse und bereist das Land.

ABTEILUNG FUER JUGEND UND HECHALUZ

In diesem Jahr veranstaltete die Abteilung für Jugend und Hechaluz auch Kurse besonderer Art, von denen vor allem die folgenden erwähnenswert sind: zwei Studentengruppen aus Frankreich verbrachten einen Monat in dem Entwicklungsstädtchen Jerucham und halfen dort dem Gemeinderat bei der sozialen Fürsorge und Kulturarbeit. Andere Gruppen wiederum meldeten sich zum freiwilligen Dienst in Grenzkibbuzim. Eine Gruppe, die einem „Gemeinschaftszentrum" in den USA angeschlossen ist, tat je 10 Tage Dienst in den Gemeinschaftszentren von Ober Nazaret, Aschkelon und Or Jehuda.



AVIGDOR DAGAN
Israels neuer Botschafter in Oesterreich

Eine bedeutsame Neuerung waren auch besondere Kurse für Medizinstudenten im 6. bis 8. Semester: sie arbeiteten in Jerusalemer Schaarej Zedek Spital und im Zentralkrankenhaus für den Negev in Beer Schewa. Schliesslich wären noch besondere Kurse für wissenschaftlich ausgebildete und interessierte Jugendliche am Weizmann-Institut in Rechovot und der Hebräischen Universität in Jerusalem zu erwähnen. Ein ganz spezielles Programm hatte eine Gruppe aus den USA, die an einem Kurs für Volkstänze teilnahm.

Die Abteilung organisierte viele Treffen der Besucher mit der israelischen Jugend. Im Einvernehmen mit Jugendbewegungen und Mittelschüler-Räten wurde ferner veranlasst, dass die ausländischen Jugendlichen Wochenende mit israelischen Familien oder in Kibbuzim verbringen konnten.

ERZIEHUNGSABTEILUNG

Die sechs Gruppen, deren Israel-Aufenthalt von der Abteilung für Jugend und Hechaluz organisiert worden war, wurden in das Projekt „Neot Kedumim" eingegliedert: die Anlegung eines Naturschutzparkes, in welchem die ursprüngliche Vegetation des Gebietes von Ben Schemen erneuert und erhalten werden soll. Neun weitere Gruppen wurden bei archäologischen Ausgrabungen an der Küste bei Aschkelon beschäftigt. Es war dies das erste Mal, dass gewisse archäologische Vorhaben ausschliesslich von Jugendlichen, die von der Zionistischen Weltorganisation zu einem Sommeraufenthalt nach Israel gebracht worden waren, durchgeführt wurden. Neun andere Gruppen befassten sich meist mit dem Studium von Hebräisch und Judentumskunde in Kursen, die von den verschiedenen Universitäten des Landes veranstaltet wurden, nahmen aber auch an Ausgrabungsarbeiten in Meron teil.

Von besonderem Interesse ist das „Bar Mitzwah Camp", das vor 13 Jahren, anlässlich des 13. Jubiläums des Staates gegründet wurde: 150 Dreizehnjährige aus den USA und Frankreich kamen ins Land um in der restaurierten Jochanan Ben Sakkai Synagoge in der Jerusalemer Altstadt ihre Bar Mitzwah zu begehen. Die Erziehungsabteilung brachte auch 35 sephardische Jugendleiter aus Amerika nach Israel; diese nahmen im Laufe ihres sechswöchigen Aufenthaltes auch an verschiedenen von der sephardischen Gemeinschaft in Israel anberaumten Veranstaltungen teil.

RELIGIOESE ERZIEHUNG

Die von der Abteilung für religiöse Erziehung und Kultur veranstalteten Kurse bezweckten vor allem das Studium der jüdischen Lehre und Tradition. Ungefähr 500 Rabbiner kamen aus der Diaspora für einige Wochen nach Israel und besuchten hier Seminare, in denen aktuelle Probleme der Halacha behandelt wurden. Sie kamen mit israelischen Rabbinern zusammen und besuchten religiöse Institutionen und Erziehungsanstalten. Das Department arrangierte auch Seminare und Fortbildungskurse für Lehrer zwecks Verbesserung der Lehrmethoden an jüdischen Schulen der Diaspora. Besonders erwähnenswert unter diesen Gruppen sind „Gescher Porat Josef" und „Gescher Zion", beide zusammengesetzt aus sephardischen Jeschiwah-Studenten. Ihr Besuchs- und Lernprogramm wurde im Einvernehmen mit der Jeschiwah „Porat Josef", der zentralen sephardischen religiösen Lehranstalt im Lande festgesetzt. Andere Gruppen wie „Gescher Moraschah" bestanden aus Schülern der hebräischen Tagesschulen in New York. Auch die „Akiva" Schule in Strassburg, Frankreich, entsandte eine eigene Gruppe. Es gab auch Gruppen mit konkreten Alijaplänen: Absolventen von Jeschiwot und Mittelschulen in den USA und Kanada kamen im Rahmen eines Seminars der „Jeschiwah University" und beabsichtigen, sich nach Beendigung ihrer Studien in Israel niederzulassen. Die Noten, welche die Teilnehmer dieses Seminars in Israel bekamen, werden von den betreffenden Lehranstalten im Ausland anerkannt.

ORGANISATIONS- UND INFORMATIONSABTEILUNG

Die Organisations- und Informationsabteilung der Exekutive, welche mit d. Aufrechterhaltung des ständigen Kontakts mit den Zionistischen Föderationen betraut ist, veranstaltete im Sommer Seminare für einige Gruppen von Frauen, welche sich mehr als einen Monat in Israel aufhielten. Hier wären vor allem 140 Mitglieder des Internationalen Rates jüdischer Frauen zu nennen, sowie 70 Misrachi-Frauen aus den USA und verschiedenen europäischen Ländern. Das Department organisierte auch ein Seminar für jüdische Professoren aus Amerika, die sich nach dem Jom Kippur Krieg freiwillig für zionistische Informationsarbeit in der jüdischen Gemeinschaft gemeldet hatten. Es wurde auch eine neue Idee verwirklicht, nämlich ganze Familien, Eltern mit Kindern, nach Israel zu bringen, damit sie hier zusammen das Land erleben und etwaige Alijapläne machen können. Es gab zwei solche Gruppen von zusammen 70 Teilnehmern. Eine Reformsynagoge in New York entsandte eine eigene Gruppe unter der Leitung ihres Rabbiners, während, ebenfalls eine Neuerung, 40 Musiklehrer des Grätz College für jüdische und israelische Musik, Philadelphia zusammen ins Land kamen und während ihres Aufenthaltes an diversen musikalischen Veranstaltungen aktiv teilnahmen.



هكذا من الأصل

IN ALLEN LAENDERN – WIRTSCHAFTLICHE UNSICHERHEIT UND INFLATION

Israelische Korrespondenten interessieren sich in erster Linie *für die Worte, die* der neue US-Präsident Ford zu Fragen des Nahen Ostens in seinen ersten Erklärungen gebracht *hat*. Es sind jedoch immer nur ganz wenige Worte, denn die Hauptsorge des *Präsidenten* gilt der Inflation, die — im Gegensatz zu allen Wirtschaftstheorien — in den USA von einer relativ starken Arbeitslosigkeit begleitet wird.

Die bisherigen Erklärungen Fords haben kein Vertrauen und wenig Hoffnung in der amerikanischen Bevölkerung hervorgerufen. Im Gegenteil: in der amerikanischen Oeffentlichkeit wächst die Furcht vor einer Depression. Nach einer Galup-Umfrage glauben 46 Prozent der US-Bürger, dass — ähnlich wie *Anfang der dreissiger Jahre* — ein Zusammenbruch der Wirtschaft droht. Der Anteil derjenigen, die *nicht* mit d. Schlimmsten rechnen, macht 44 Prozent aus. Der Rest hat keine Meinung.

Wie düster die Stimmung ist, zeigt auch der zweite Teil der Umfrage. Danach sind 68 Prozent der US-Bürger davon überzeugt, dass sich die Wirtschaftslage in Amerika in den *kommenden sechs Monaten* weiter verschlechtert. Rund 15 Prozent sehen keine Aenderung, und nur *13 Prozent* sind optimistisch.

Aus ergänzenden Interviews der „New York Times" geht hervor, dass die meisten Befragten erwartungsvoll nach Washington blicken. Aber niemand glaubt so recht an eine plötzliche *Wende* zum Besseren. Die häufigsten Vorschläge an die Adresse des US-Präsidenten Gerald *Ford* lauten: *drastische* Kürzung der Staatsausgaben und der Auslandshilfe.

INFLATION IN KANADA

Auch der nördliche Nachbar der USA. Kanada, heute als Hort der Ruhe und des Friedens angesehen, wird von einer wachsenden Inflation heimgesucht.

Die kanadische Inflation machte auch in den Sommermonaten beängstigende Fortschritte, selbst wenn man sich damit tröstet, dass die Eskalation der Preise sich etwas verlangsamt hat. Der Index der Konsumgüter*preise* stieg im Juli um *„nur"* 0,8% auf ein um 11,3% höheres Niveau als ein Jahr zuvor, nachdem er im *Juni* um *1,3%* und im Mai um 1,7% gewachsen war. Im einzelnen erreichte der Anstieg im Juli *0,9%* für Nahrungsmittel, 0,6% für Wohnausgaben, 0,8% für Transport und 0,3% für Bekleidung. Pre*mierminister* Trudeau erklärte auf einer Pressekonferenz, seine Regierung werde weitere anti*inflationäre Massnahmen treffen*, falls sich die Teuerung in den kommenden Monaten nicht weiter verlangsamt.

ARBEITSLOSIGKEIT IN ENGLAND STEIGT

In Grossbritannien ist das Wirtschaftsbild jetzt durch steigende Arbeitslosigkeit bestimmt, die der Regierung sehr zu schaffen macht.

Die Zahl der Arbeitslosen in England hat sich im August um *90.083* auf *691.573 erhöht*. Gemessen an der Arbeitsbevölkerung ist die Quote auf 3% gestiegen, nach 2,6% im *Juli und 2,5%* in derselben Zeit des Vorjahres. Rund die Hälfte des Zuwachses betrifft *Schüler und* Studenten, die ihre Ausbildung abgeschlossen und noch keine Stelle gefunden haben. Der markante Anstieg der Arbeitslosenzahl zu dieser Jahreszeit ist ungewöhnlich; er *war seit Ende* des Krieges nie mehr so massiv ausgefallen.

In der *britischen* Wirtschaft wächst die Befürchtung, dass bis zum kommenden Winter die Millionenschwelle überschritten werden könnte. Es ist anzunehmen, dass der Druck auf die Regierung, weitere Reflationsmassnahmen zu ergreifen, jetzt zunehmen wird. Die milden *Massnahmen* des Minibudgets vom 22. Juli, die unter anderem eine Verdoppelung der Anstellungsprämie in den Entwicklungsregionen vorsehen, haben sich noch nicht genügend auswirken können. Ein wesentlicher Impuls kann allerdings auch kaum erwartet werden, wird doch die Verdoppelung bestenfalls der Teuerung der letzten Jahre gerecht.

Gleichzeitig mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist auch *die Zahl der offenen Stellen* zurückgegangen, und zwar um 27.406 auf 306.818. Die registrierten Entlassungen beliefen sich im Juli auf rund 8000 nach 8600 im Juni und 6700 im Juli letzten Jahres.

In Nordirland ist die Zahl der Arbeitslosen um 557 auf 35.206 gestiegen; das entspricht einem *Anteil der erwerbstätigen* Bevölkerung von 6,9%.

Für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im allgemeinen ist bezeichnend, dass letztens sogar von Zuckerrationierung in England die Rede war.

ITALIEN KAEMPFT GEGEN DIE KRISE

Nach *Annahme eines* Kompromiss-Wirtschaftsprogrammes versucht die italienische Regierung mit der grossen Krise fertig zu werden und bemüht sich vor allem um grosse Auslandskredite. Deutschland will Kredite bis zu zwei Milliarden DM geben.

Im Juli hat das Land mit einer Inflations-Jahresrate von *19,3%* einen neuen *Rekord* aufgestellt. Und die vom Urlaub zurückkehrenden Italiener registrieren jetzt im Supermarkt Preissteigerungen für viele Lebensmittel von 20 bis 25%. Wenn die Bremsen tatsächlich greifen, wird der Herbst und Winter nach Schätzungen von italienischen Regierungsmitgliedern 1 bis 1,5 Millionen Arbeitslose bringen. Wie Italiens Regierung bei der Macht der Gewerkschaften *damit* fertig wird, wagt vorläufig noch niemand vorauszusagen. Die Konjunktur müss*te aber dennoch so krass* gebremst werden, um einen spürbaren Effekt zu erzielen, weil *die laufenden Staatsausgaben* wenig flexibel sind. Auch die Frage, wie der Staat bis näch*stes Jahr 8000 Mrd. Lire (10* Milliarden Dollar) ungedeckten Finanzbedarf sichern will, bleibt vorläufig noch offen. Das fiskalische Notprogramm wird bis zum Jahresende höchstens 1000 Mrd. Lire zusätzlich einbringen.

GALOPPIERENDE INFLATION AUCH IN JUGOSLAWIEN

Jugoslawien ist assoziiertes Mitglied der westlichen grossen Wirtschaftsorganisation *OECD*. Dadurch sind aus diesem Lande viel mehr Wirtschaftstatsachen und Ziffern als aus anderen Ostblockländern bekannt geworden. Alle Angaben der letzten Monate zeigen, dass Jugoslawien eine galoppierende Inflation mit unlesbarer Preiserhöhungen mitmacht.

Bei fast allen Produkten hält die inflationäre Entwicklung an. Das geht aus den Angaben des Statistischen Bundesinstituts in Belgrad hervor. **Die Preise für Industrieprodukte erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 24,5%. Ein Vergleich der beiden Monate Juli zeigt sogar einen Preisanstieg von 31%.** Die Einzelhandelspreise sind im Vergleich zu 1973 um 23%, *und* zum Juli 1973 sogar um 25,5% emporgeschnellt. Die Lebenshaltungskosten *stiegen in den ersten* sieben Monaten dieses Jahres im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um *19%*. Im Juli waren die Lebenshaltungskosten zwar um *2%* niedriger *als* im Juni, was aber vorwiegend auf einen Preisrückgang bei Saisonangeboten zurückzuführen ist. *Zudem* ist bei dem 2%igen Rückgang der Preisanstieg für Mehl, Zucker und Speiseöl nicht berücksichtigt.

Die Preise in Hotels und Restaurants sind in den ersten sie*ben Monaten* dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um 17,5 Prozent gestiegen, beim Ver*gleich* der *beiden* Monate Juli sogar um 22%. Mit diesen Ziffern hat Jugoslawien die höchste Inflationsrate in der Liste der ordentlichen und assoziierten Mitglieder der OECD.

Anteil der Erwerbstaetigen geht in der EG zurueck

Die zivilisatorische Entwicklung in den neun Partnerstaaten der Europäischen Gemeinschaft führt zu einer Strukturwandlung in fast sämtlichen Bereichen des täglichen Lebens. Die Verbesserung des privaten Lebensstandards sorgt dafür, dass der Anteil der Erwerbstätigen zurückgeht. Mechanisierung und Automatisierung bewirken, dass immer weniger Menschen auf dem Land tätig sind. Selbst in den Industrie- und Gewerbebetrieben beginnt jetzt in zahlreichen Regionen der Europäischen Gemeinschaft die Zahl der Arbeitskräfte zu stagnieren. Im Rahmen des *Wandels von der Agrar-* über die Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft nimmt die Zahl der Erwerbstätigen mit einer qualifizierten Ausbildung bei den vielfältigen Dienstleistungsberufen zu.

Nach Angaben des Statistischen Amtes der EG stieg die Bevölkerung in den heutigen neun Partnerstaaten von 228,3 Millionen Einwohnern im Jahre 1958 auf 254,6 Millionen zum Ende des Jahres 1972. Die Zahl der Erwebstätigen dagegen erhöhte sich im gleichen Zeitraum nur von 101,3 auf 103,3 Millionen Menschen. Verlängerte Schulausbildung und verbesserte Altersversorgung sind dafür verantwortlich. In der Bundesrepublik Deutschland ging der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung von 48,1 Prozent im Jahre 1958 auf 42,4 Prozent im Jahre 1972 zurück. In Frankkreich verminderte *sich der Anteil von 42,4* auf 41,3 Prozent. Die Auswanderung zahlreicher italienischer Gastarbeiter nach *Mitteleuropa hat* dazu geführt, dass in Italien der Anteil von 43,1 Prozent auf 34,7 Prozent zurückgegangen ist. In den Niederlanden und Belgien zeigt sich praktisch keine Veränderung. Die Erwerbsquote *ging in den Niederlanden* von 35,3 auf 35,0 Prozent zurück, in Belgien von 40,0 auf 39,9 Prozent. *Luxemburg* bildet die Ausnahme von der Regel und verzeichnet sogar einen geringen Anstieg der Erwerbsquote: *1958* waren 43,2 Prozent der Bevölkerung tätig, 1972 waren es 44,5 Prozent. In Grossbritannien verminderte sich der *Anteil* von 46,4 auf 44,4 Prozent. Irland meldete einen Rückgang von 39,7 auf 36,8 Prozent. *In* Dänemark ist dank des zunehmenden Anteils der weiblichen Erwerbspersonen der Prozentsatz seit *1958* mit 47,7 Prozent gleichgeblieben.

In allen neun Partnerstaaten vermindert sich der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. In der Bundesrepublik sank er von 15,7 Prozent im Jahre *1958* auf 7,5 Prozent im Jahre 1972. Von den 3,9 Millionen Menschen, die vor 14 Jahren in der Landwirtschaft t[ätig] waren, sind noch 1,9 Million[en] übriggeblieben. In Frankrei[ch] verminderte *sich der Anteil* d[er] Landwirtschaft seit 1958 v[on] 23,7 auf 12,9 Prozent. Die N[ie]derlande haben ähnlich wie d[ie] Bundesrepublik ungefähr ei[ne] Halbierung zu verzeichnen, u[nd] zwar von 12,6 auf 6,9 Proze[nt]. Belgien meldet einen Rückga[ng] von 9,4 auf 4,2 Prozent, L[u]xemburg von 17,9 auf 9,3 Pr[o]zent, Dänemark von *15,9* a[uf] 9,8 Prozent. Der bereits in fr[ü]heren Jahrzehnten eingetreten[e] sehr starke Beschäftigungs[]schwund in der britischen Lan[d]wirtschaft hat noch angehalte[n], im Berichtszeitraum verminde[r]te sich der *Anteil weiter von* 4[...] auf 3,1 Prozent. Irland und It[a]lien sind nach wie vor am stär[k]sten von der Landwirtschaft a[b]hängig, jedoch sind auch in di[e]sen beiden Ländern die Quot[en] stark rückläufig: in Irland v[on] 38,4 auf 25,7 Prozent, in Itali[en] von 34,9 auf 18,2 Prozent.

INDUSTRIEBESCHAEFTIGUNG TEILWEISE BEREIT[S] RUECKLAEUFIG

In der Industrie der Eur[o]päischen *Gemeinschaft* zeige[n] sich die Entwicklungen noch ge[gen]läufig. Während in den klas[]sischen Industriestaaten der An[]teil der Erwerbstätigen stagnie[rt] oder sogar wieder zurückgeh[t]

(Fortsetzung auf S. 5)



141.

Es klingt so laut, dass wieder alle zusammenfahren.

„*Sprechen Sie zu mir, Zeugin!* Nicht sein Vater? Der Herr Landau sein Vater? Woher wollen Sie das denn wissen?"

„Die arme Frau Steinfeld hat sich mir anvertraut in ihrer Not, als er *noch ganz klein war, der Heinzi*, und als er es so toll getrieben hat, ihr Mann, mit anderen Weibern! Und ihr hat er Vorwürfe gemacht und sie beschimpft, ich habe es doch gehört durch die Decke, in meine Wohnung *hinunter, ununterbrochen* Krach, ununterbrochen das Gebrüll von dem Mann und das Weinen von der unglücklichen Frau." Die Haut ihres Gesichtes nimmt den Puder nicht an, unausgeschlafen, ungepflegt, scheusslich sieht *sie aus*, aber Valerie, Forster, die Agnes und Martin Landau. sie alle haben Mühe, ruhig sitzen zu bleiben und nicht nach vorne zu stürzen und sie zu umarmen und zu küssen und zu streicheln, diese Hermine Lippowski, die nun einem stirnrunzelnden Richter Gloggnigg berichtet, was für ein Teufel der Paul Israel Steinfeld gewesen ist, und wie sie Valerie Steinfeld und Martin Landau sozusagen richtig zusammengebracht *hat mit* Andeutungen und Reden und indem sie beide Augen zudrückte, als er dann immer kam, wenn Paul Steinfeld fort war, besonders damals, im Sommer 1925, als es passiert sein muss, dass Martin Landau die Frau Steinfeld geschwängert hat, der Mann war doch verreist, monatelang, mit zwei, drei ganz kurzen Besuchen dazwischen.

„Zeugin Lippowski, was Sie da sagen, das können Sie auf Ihren Eid nehmen?"

„Selbstverständlich, Herr Direktor."

Und alle stehen auf, und Gloggnigg spricht die Formel, und Hermine Lippowski, die Valerie vor wenigen Monaten ins Gesicht geschrien hat, dass sie nicht den kleinen Finger für sie krumm machen würde, wiederholt die letzten Worte des Richters: „Ich *schwöre* es, so wahr mir Gott helfe!"
Danach, entlassen, setzt sie sich an das äusserste Ende der Zeugenbank, so weit wie möglich entfernt von den anderen. Ihre Hände hängen herab, *zusammengesackt* sitzt sie da, mit tragischem Gesichtsausdruck starrt sie auf den Boden.

Und die Zeugen neben ihr, Forster, Valerie, sehen sie an, kurz, scheu, erschrocken.

Was ist mit dieser Frau geschehen?

Was?

Richter Gloggnigg wühlt, plötzlich von Sodbrennen und Gereiztheit befallen, in den vielen Papieren, die vor ihm liegen.

„Unvollständig ... die Ahnentafeln sind ja noch absolut unvollständig", knurrt er.

„Wir *haben die Dokumente* noch nicht erhalten. Herr Vorsitzender." Forster steht auf. „Sie werden nachgereicht, sobald sie in unseren Händen sind."

„Wenn wir sie dann noch brauchen", knurrt Gloggnigg.

Es klopft.

„Herein!" ruft der Richter böse. Diese Sache läuft nicht so, wie er es sich dachte. Gar nicht so ...

Die Tür öffnet sich. Da steht, gross und kräftig, *in einem Frühjahrsmantel* mit Pelzkragen, einen breitkrempigen Hut auf dem Kopf, dunkeläugig, schmallippig, ein Taschentuch an die rechte, geschwollene Wange gepresst, Ottilie Landau.

„Tilly!" ruft ihr Bruder. Er springt auf.

„Setz dich", sagt sie. Und laut und etwas undeutlich zu Gloggnigg: „Ich bin Frau Landau. Ich habe eine Vorladung zu diesem Abstammungsprozess erhalten. Ein Gerichtsdiener draussen hat mir gesagt, ich soll nicht lange warten, sondern mich gleich melden."

Der Kurator Kummer glotzt.

Valerie starrt Tilly an.

Alle starren Tilly an, nur Hermine Lippowski nicht. Die nimmt überhaupt keine Notiz mehr von dem, was um sie her vorgeht.

„Aber Sie haben doch eine ärztliche Entschuldi*gung* geschickt." Selbst *Gloggnigg ist um* seine Ueberheblichkeit gebracht. „Sie sind doch krank. Sie konnten doch angeblich nicht kommen."

„Es fiel mir sehr schwer, Herr Richter", erklärt Tilly. „Ich hatte noch grosse Schmerzen heute morgen. Aber *dann* schluckte ich Pulver, und es wurde besser. Ich sagte mir, dass ich herkommen müsse." Sie blickt ihren Bruder an, der erschauert. „Es ist eine zu wichtige Angelegenheit. Ich muss da meine Aussage machen."

„Verflucht nach mal!" flüstert Forster.

Valerie sieht Tilly Landau mit schreckgeweiteten Augen an.

Aus, *denkt* sie. Alles aus. Diese Tilly ist eine Fanatikerin. Die erzählt jetzt die ganze Wahrheit und beschwört sie auch noch ...

11

„Das ist auch wirklich *die Wahrheit*, Frau Landau?" fragt Richter Gloggnigg.

„Ich kann nichts anderes sagen, Herr Direktor. So war es." Tilly Landau steht hoch und aufrecht vor dem Richtertisch, das Taschentuch immer an die Wange gepresst.

„Ihr Bruder hat ..."

„*Mir alles gebeichtet*, jawohl."

„Wann? Sagen Sie es noch einmal!"

„Im Frühherbst 1925, als positiv feststand, dass Frau Steinfeld schwanger war. Da ist er zu mir gekommen und hat gesagt, er sei *ihr Geliebter*, schon lange, und nun sei er auch der Vater ihres ungeborenen Kindes."

„Und Sie, was haben Sie gesagt?" Gloggnigg ist schwer verärgert.

„Ich war entsetzt!" behauptet Tilly Landau. „Einmal überhaupt — ich habe vielleicht etwas altmodische Moralbegriffe. Und ich konnte Valerie Steinfeld nie leiden."

„Und trotzdem kommen Sie heute hierher, obwohl Sie krank sind, und sagen für sie aus — in ihrem Sinn?"

„Nicht für sie, Herr Richter! Für meinen Bruder! Ich will nicht, dass Sie ihn für einen Lügner halten. Das ist er nicht. Er ist unfähig zu lügen. Aber er ist ein wenig weltfremd, ängstlich ..."

„Na, den *Eindruck hatten wir hier gerade* nicht, Frau Landau!"

„Nein! Es ist aber so, Herr Richter. Ich kenne meinen Bruder wahrhaftig ... ja, richtig, natürlich!"

„Wie bitte?"

„Ich kann mir schon denken, warum er sich zusammengenommen hat und hier so forsch aufgetre*ten* ist, wie er *nur kann*!"

„Warum?"

„Hat er nicht gesagt, dass er unbedingt als Vater des Buben anerkannt werden will bei dieser Ge*legenheit*?"

„Ja, allerdings, das hat er ..."

„Sehen Sie! Davon hat er mir doch auch vorgefaselt die ganzen Jahre hindurch, immer wieder, immer wieder ... Sein grösster Wunsch war das!"

„Frau Landau — und Sie sind bereit, Ihre Aussage vollinhaltlich zu beeiden?"

„Selbstverständlich, Herr Richter. Das kann ich alles beschwören."

12

„... in Würdigung der Sachlage und der Aussagen der *obgenannten* Zeugen, sowie über den ausdrücklichen Antrag des Kurators Doktor Hubert Kummer verfügt das Gericht über die Zulassung des Beweises ... kommen Sie mit, Fräulein?" fragt Gloggnigg, der rasch und böse diktiert hat.

„... Zulassung des Beweises", wiederholt das gelangweilte, stumpfsinnige Wesen an der Schmalseite seines Tisches, die Stenographin Herta Bohnen, sich mit einer Hand den Nacken kratzend.

„... den auch der Klagevertreter Doktor Otto Forster verlangte ..." Ich darf mich nicht einfach über all diese Aussagen hinwegsetzen, denkt Gloggnigg. Sonst bekomme ich Aerger mit dem Präsidenten.

„... erstens: über die rassische Einordnung und über die Frage, ob und inwieweit es ausgeschlossen werden kann, dass der Kläger Heinz Steinfeld von Paul Israel Steinfeld gezeugt wurde, indem eine anthropologisch-erbbiologische Untersuchung durchgeführt wird ..."

Valerie sieht Forster an. Der lächelt und nickt und zupft an seinem Ohr.

„... zweitens: durch eine Blutgruppenuntersuchung darüber, ob eine Zeugung des Klägers durch Martin Landau eindeutig auszuschliessen — haben Sie, Fräulein?"

„Eindeutig auszuschliessen", sagt die gelangweilte Stenographin.

Fortsetzung folgt

CHRONIK der Karmelstadt

Haifa will Hausmuell verwerten

Von ALICE SCHWARZ

Die Wirtschaftsabteilung der Haifaer Stadtverwaltung unter Vorsitz von Dr. Danny Schäfer schloss in diesen Tagen eine Untersuchung ab, die sich mit Möglichkeiten der Müllverwertung befasste. Die Ergebnisse wurden Bürgermeister Josef Almogi und den Mitgliedern des Ausschusses für Oekologie (unter Vorsitz von Prof. Jarnitzki) vorgelegt. Eine Aussprache der Kommission fand bereits, in Anwesenheit von Dr. M. Lapidot von der Abteilung für „Wahrung der Lebensqualität" (Kanzlei des Ministerpräsidenten) statt.

Die Müllablagerung und Müllverwertung wird in der Tat ein immer dringlicheres Anliegen der modernen Zivilisation. Wir drohen in unseren eigenen Abfällen zu ersticken und müssen daher schleunigst etwas zu unserer Rettung unternehmen. Die Haifaer Stadtverwaltung tat gut daran und zeigte modernes Denken, als sie den Auftrag zu dieser Umweltstudie erteilte.

Nach den Ergebnissen der Ermittlungen, an denen sich Zeew Frishman, Leiter der Abteilung für Wirtschaftsanalyse und Josef Zalnik, Vizedirektor der Abteilung für Umweltqualität beteiligten, beträgt die tägliche Menge des in Haifa an — oder vielmehr „abfallenden" festen Mülls 384 Tonnen. Davon sind 250 Tonnen im Tag „Hausmüll", der Rest besteht aus Industrie-Abfällen, Müll der Handelsbranche u.a.m.

Die Prognose der Fachleute sieht ein jährliches Anwachsen der Müllmenge um vier Prozent voraus. Im Jahre 1980 wird Haifa 485 Tonnen Müll im Tag zu „bewältigen" haben, im Jahre 1990 werden es bereits 720 Tonnen sein.

„DER MIST WAECHST UNS UEBER DEN KOPF"

Auch in anderen Ländern kennt man bereits das Problem, und in der „Wiener Zeitung", einem Amtsblatt, las man dieser Tage, dass man auch dort das „Wiederverwertungsverfahren" (Recycling) sehr ernst nimmt. „Recycling" sei längst kein Modewort mehr, sondern ein Synonym für (d.h. gleichbedeutend mit) „Ueberleben". Ansonsten dürfte einem schon in fünf Jahren „der eigene Mist über den Kopf gewachsen sein".

In Haifa stellten die Ermittler fest, dass ein ständiges Anwachsen des anorganischen Anteils (Papier, Karton, Plastik etc.) zu erwarten ist. Das bedeutet ein Sinken der Feuchtigkeit, ein Ansteigen des Kalorienwertes und ein Sinken des spezifischen Gewichtes der Abfälle. Im Jahre 1968, bei der letzten Analyse, fand man im Haifaer Hausmüll eine Durchschnittsfeuchtigkeit von 70%, einen Kalorienwert von 850 Kalorien pro Kilogramm und ein spezifisches Gewicht (Gewicht pro Kubikmeter) von 0.350 To.

Nach Erhebungen in der BRD ist etwa ein Drittel des Hausmülls weggeworfenes Verpackungsmaterial. Zu genau dem gleichen Resultat kam man jetzt interessanterweise auch in Haifa. Das ist ein Fluch der modernen Industriegesellschaft; doch wäre es unrealistisch, die moderne Verpackungswirtschaft in Bausch und Bogen zu verdammen. Fertigverpackte Waren sparen Arbeitskraft und damit Kosten und sind — im Falle von Lebensmitteln — hygienischer, wie auch für Selbstbedienungsläden besser geeignet.

VIER METHODEN

Wie ist es anderswo? In Österreich wird der überwiegende Teil des anfallenden Mülls einfach abgelagert, d.h. 98%; nur Wien hat eine Grossverbrennungsanlage. In Israel ist die Lage nicht viel besser. Haifa besitzt nur ein Kompostwerk und ein Filterwerk für die flüssigen Abwässer, der feste Müll wird bisher zum Grossteil abgelagert. Jetzt werden verschiedene Methoden zur Müllentfernung bezw. Verwertung in Betracht gezogen: Müllzerkleinerung im Müllschlucker (bisher nur ganz wenig gebräuchlich); Verbrennung des Mülls; Trocknen und Pressen u.s.w.

Jedenfalls musste die offene Müllablagerung unter dem Druck der Hafenverwaltung ohnehin eingestellt werden, der die Ablagerungsstätte gehört. Nur Industriemüll kann jetzt dort angefahren werden. Zur Beratung stehen jetzt vier Methoden:

- Ablagerung im Steinbruch des Kibbuz Ewron und Zudeckung mit Erde;
- Mechanische Kompostherstellung (wie im Betrieb „Dano", —der bekanntlich seinerzeit wegen der Gerüche ganze Stadtviertel zur Revolte anregte);
- Aussortierung zwecks Wiederverwertung, und
- Verbrennung in modernen Grossverbrennungsanlagen.

BEGRABEN ODER SORTIEREN?

Im Steinbruch von Ewron werden heute schon 75% des Haifaer Mülls „begraben". Doch das wird für höchstens zehn Jahre möglich sein; so lange läuft auch der Vertrag mit dem Kibbuz.

Vom ökologischen Standpunkt ist dieses System höchst unbefriedigend. Es führt zur Grundwasserverschmutzung, zur Entwicklung von Methangas und ist auch kostspielig (IL 21.77 pro Tonne im Durchschnitt, IL 30.77 pro Tonne für „frischen" Müll). (Der Tarif ist an den Index für Transportspesen gebunden.)

80 Tonnen pro Tag im Durchschnitt werden im Kompostwerk „Dano" zu Dünger verarbeitet. Das Werk wurde 1959 von einem Privatinvestor errichtet und 1964 erweitert. Das Hauptproblem der Anlage ergibt sich aus dem „hohen Alter" der Maschinenanlagen. Trotzdem ist es für die Iria immer noch lohnend, den Müll hier anzuliefern. 1973/74 beliefen sich die Kosten pro Tonne auf IL 28.- — gegenüber IL 30.77 für das „Begraben". Daher wird eine Fortsetzung dieses Systems, unter Vornahme gewisser Verbesserungen, empfohlen. Die nötigen Investitionen werden auf IL 1.7 Million geschätzt.

Angeschafft werden sollen Vorrichtungen für eine Sortierung des Mülls. Dabei können Metalle, Papiere u. Kartons, Plastik und Holz herausgeholt werden, und die restlichen Lebensmittelabfälle werden dann in Dünger verwandelt.

Für eine moderne Grossverbrennungsanlage wäre bei der Grösse Haifas eine Investition von IL 45.- pro Tonne nötig. Vom ökologischen Standpunkt scheint das aber die günstigste Lösung.

Die Haifaer Ermittler sprachen leider mit keinem Wort von der praktischen Wiederverwertung. Eine Müllverbrennung kann z.B. mit einem Heizwerk kombiniert werden. Müllhumisierungsanlagen arbeiten im Ausland bereits mit Gewinn.

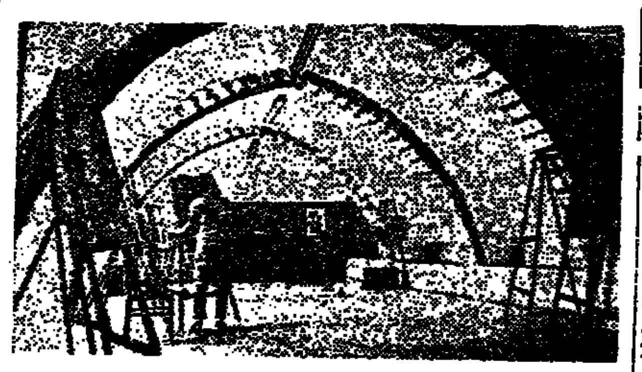
SCHADE UM DAS ALTPAPIER...

Die „Müllschlacht" wird im Ausland mit einer Aufklärung der Hausfrauen beginnen müssen, damit sie Mist „nach Material sortiert" wegwerfen. Warum nicht auch bei uns? Bei Papier halten es Experten für möglich, mindestens 15 bis 20% vor sinnlosem Wegwerfen zu bewahren. In einem Dreipersonenhaushalt rechnet man mit monatlich rund 15 kg Altpapier. Die Jahresmenge für Israel kann man sich leicht ausrechnen.

In Skandinavien wird heute schon das Altpapier zu 45% wiederverwertet. Das State Department in den reichen USA hat schon einen eigenen Verband für Altpapierverwertung gegründet: es druckt seine Publikationen praktisch nur mehr auf Papier, das aus Altpapier gewonnen wurde. Warum folgt kein israelisches Regierungsamt diesem Vorbild? Bei uns „verziert" das Altpapier anstattdessen zu einem nicht geringem Prozentsatz die Strassen und verschandelt die Umwelt.

BESICHTIGUNGSFAHRTEN NACH EJN HOD

Auf Initiative der Gesellschaft zur Entwicklung des Tourismus (Aftach — Aguda le-Pituach Tajarut Haifa) haben die Taxigesellschaften „Merkas Mizpe" und „Carmel-Touring" jetzt eine Rundfahrten-Route nach Ejn Hod organisiert.



Atelier in Ejn Hod: Jetzt — Ausflugsmöglichkeiten dreimal wöchentlich

Die Touristen können in dem Künstlerdorf, das nur 20 km von Haifa entfernt liegt, einen dreistündigen Aufenthalt nehmen. In dieser Zeit treffen sie mit den Künstlern zusammen, können die Galerie, Mal- und Bildhauerstudios und das Amphitheater besuchen: auf der Fahrt nach Ejn Hod sehen die Fahrgäste auch das exklusive Wohnviertel Dania, die Universität, die Karmelwälder — und die Strasse Bet-Oren—Atlit.

Der Rundgang durch Ejn Hod schliesst eine Führung in englischer Sprache mit ein.

Die Ausflüge finden dreimal wöchentlich am Montag, Donnerstag und Schabbat statt. Am Montag erfolgt die Abfahrt um 15.00 Uhr, am Donnerstag und Schabbat um 09.30 Uhr früh. In der Ortschaft gibt es ein Restaurant. Der Preis der Fahrt beträgt IL 20.- hin und zurück, die Touristen werden vom Hotel abgeholt und zurückgebracht.

Ausser den erwähnten Ausflügen veranstalten die beiden Taxigesellschaften jetzt auch Rundfahrten Haifa—Muchraka und Nachtrundfahrten — „Haifa by night". Die Muchraka-Fahrt umfasst einen Besuch auf einer Aussichtswarte, in den Drusendörfern Ussefija und Daliat-El-Karmel sowie eben in Muchraka. Rückfahrt über die Waldungen Menasche und Schaar Amakim. Preis: IL 30.-. Die Nachtfahrt kostet IL 25.- und umfasst einen Besuch der Panorama-Aussichtswarte, Haifa, Bat-Galim und einen Besuch im neuen Nachtklub „Zela Hahar" (einschliesslich 1. Drink).

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: Charly and a Half
CHEN: Paper-Moon
DEKEL: Blazing Saddles
DRIVE-IN: 7.30: One Little Indian; 10.00 Carry on Abroad
ESTER: Le Magnifique
GAT: Avanti
GORDON: England Made Me
HOD: Sugarland Express
LIMOR: The Great Dictator
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABY: Three the Hard Way
ORDAN: Temptation
OPHIR: The Black Windmill
ORLY: Goodbye Stork, Goodbye
PARIS: Desperate Character
PEER: La bonne Année
TCHELET: Slaughterhouse Five
STUDIO: La grande bouffé
TEL-AVIV: Butch Cassidy and the Sundance Kid
ZAFON: Two Men in Town

RAMAT-GAN:

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 (5. Woche) Serpico; ... 4.00 Uhr The Horse With the Flannel Suit

JERUSALEM

ARNON: The Great Dictator
CHEN: What Kind of Priest
EDEN: The Sting
EDISON: Vukvat — Var
MITCHEL: Charlie and a Half
ORION: The Day of the Dolphin
ORNA: What?
HABIRAH: La Grande Bouffe
JERUSALEM: The Serpent
SEMADAR: Play it Again
RON: Harry in Your Pocket

HAIFA

AMPHITHEATRE: Le Grand Bazar
ARMON: Billy two Hats
ATZMON: Three the Hard Way
CHEN: The Sting
RON: Assasination of Trotsky
MORIAH: Puppet on a Chain
ORAH: The Oasis of Fear
ORDAN: Where Has Love Gone?
ORION: The Dirty Secrets of Women in Prison
ORLY: Harold and Maude
PEER: Ash Wednesday
MIRON: Duel of Fists
SHAVIT: Follow Me

Heimbehandlung fuer Nierenkranke - das Gebot der Stunde

Hausfrauen, Techniker und Neueinwanderer aus Russland — das sind die Personenkreise, die zur Heranziehung bei der Behandlung Nierenkranker in Spitälern — angesichts des kritischen Personalmangels — bisher vorgeschlagen wurden. Unverständlich ist es, warum die Heimbehandlung mit keinem Wort erwähnt wird. Wir haben bereits in einem früheren Artikel darauf hingewiesen.

Bei der Heimbehandlung handelt es sich keineswegs um eine sensationelle Neuerung. Sie ist in der Welt seit langem bekannt und in der BRD zum Beispiel gibt es diesbezüglich bereits eine zehnjährige Erfahrung. In Israel hingegen ist jetzt wieder vorwiegend von d. Radikalkur der Nierentransplantation die Rede, und Prof. Morris Levy, (der seinerzeit eine Herztransplantation mit vorübergehendem Erfolg durchführte), hat diese Behandlung in einem Zeitungsinterview vor allem empfohlen.

In München wurde bereits eine „Arbeitsgemeinschaft für Heimdialyse" gegründet, wie am 22. August gemeldet wurde. Laut SZ soll diese Arbeitsgemeinschaft chronisch nierenkranken Patienten ermöglichen, die Blutwäsche mit der dazu notwendigen künstlichen Niere im eigenen Haus durchzuführen. Zur Bewältigung der Aufgaben wurde der Arbeitsgemeinschaft vom zuständigen Staatssekretär ein Scheck über 500.000 DM überreicht. Ein Arzt hielt einen Lichtbildervortrag über die Heimdialyse im Lichte zehnjähriger Erfahrung. Man sprach von der menschlichen Erleichterung für die Patienten, die nun nicht mehr zu jeder Blutwäschung in einem Krankenhaus an die künstliche Niere angeschlossen werden müssen, was oft deprimierend wirke. Die Blutreinigung kann zuhause auch in den Abendstunden durchgeführt werden, was u.U. ein voll berufstätiges Leben ermöglicht. Trotz weiterem Ausbau der Transplantations- und Dialysenzentren werden derzeit 26% der Nierenkranken in Deutschland daheim behandelt. Man hoffe, schon bald die Hälfte der Behandlungen daheim durchführen zu können, da dies auch den Vorteil hat, dass die Heimdialysenpatienten länger leben als solche, bei denen diese Form der Behandlung nicht möglich war.

Rueckgang der Erwerbstaetigen

(Schluss von S. 4)

zieht das produzierende Gewerbe in den bisherigen Agrarstaaten noch neue Arbeitskräfte an. 1958 waren in der Bundesrepublik Deutschland 47,7 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt. 1970 war mit 49,8 Prozent der Höchststand erreicht, für 1972 werden noch 49,5 Prozent gemeldet. In Frankreich ist der industrielle Sektor nur noch geringfügig gewachsen von 39,0 auf 40,3 Prozent. Italien meldet eine Steigerung von 35,4 auf 44,3 Prozent. In den Niederlanden ging die Industrie 1958 von 41,5 auf 37,1 Prozent zurück, in Belgien von 47,5 auf 43,4 Prozent, in Dänemark von 37,5 auf 34,2 Prozent. Luxemburg dagegen hat in den letzten Jahren neben den Stahlwerken neue Industriezweige aufgebaut, um den Erwerbstätigen aus der Landwirtschaft andere Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. So stieg der Anteil in der Industrie von 43,3 auf 48,0 Prozent. Grossbritannien meldet einen erheblichen Rückgang von 49,0 auf 42,7 Prozent. Die starke Industrialisierung Irlands zeigt sich in einer Steigerung des Anteils der Erwerbstätigen von 22,9 auf 30,3 Prozent.

Von Jahr zu Jahr werden erheblich mehr Menschen in den Dienstleistungsberufen beschäftigt. Diese Tendenz ist in allen neun Partnerstaaten zu beobachten. In der Bundesrepublik erhöhte sich der Anteil der Dienstleistungen an den Gesamtbeschäftigten von 36.7 Prozent im Jahre 1958 auf 43,0 Prozent im Jahre 1972. Im gleichen Zeitraum stieg er in Frankreich von 37,3 auf 46,8 Prozent, in Italien von 29,7 auf 37,5 Prozent. Den höchsten Anteil von Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich weisen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Holländer und Dänen mit 56,0 Prozent aus.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Dienstag, nachts bis 23.00 Uhr: King George 46, Tel. 226208, Ramat Aviv Tel. 413353, Jeh. Halevy 67, Tel. 612474

Ramat Gan und Umgebung: Bialik 30, Tel. 723674

Bne Brak: Rabi Akiba 80.

Petach Tikwa: Chafez Chaim 6

Herzlia u. Umgebung: Herzlia Sokolow 65.

Bat Jam: Balfour 9.

Cholon: Kikar Weizmann

Haifa bis 21 Uhr:

Ramla — Lod: Ramla, Herzl Str. 106.

Beer Schewa: Schikun Dalet, Merkas.

Haifa bis 21.00 Uhr: Alija 44, Tel. 522062.

ab 21 Uhr: MDA, Tel. 512233, Kirjat Elieser.

AERZTEDIENST:

Tel-Aviv: Dr. Har Ewen, Epstein 6, Tel. 443281.

Magen David Adom: Aerzte-Nachtdienst T.-A., Tel. 614333; oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi". Arad: MDA, Tel. 057-97222. — Aschdod: MDA, Tel. 22222. — Bat Jam: MDA, Tel. 863333. — Cholon: MDA, Tel. 843132. — Gusch Dan: MDA, Ramat Gan, Hagilgalstr. 42, 781111. — Herzlia: MDA, Tel. 981333. — Haifa: MDA, Tel. 101. — Jerusalem: MDA, Tel. 101. — Kirjat Ono: MDA. Tel. 781111/2; — Natania: MDA, Tel. 23333. — Petach Tikwa: MDA, Telefon 912333. — Rischon Lezion: MDA, Tel. 942333. — Tel-Aviv: MDA, Tel. 101. — Zfat MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim Merkasit: 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens: MDA, Tel. 101. Dr. Watts, Allenbystr. 50, Tel. 50888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachaschmonaimstr., Tel. 248228.

Kupat Cholim „Assaf": Tel-Aviv: Tel. 101; Gusch Dan; Tel. 781111; Bat Jam: Tel. 863333; Cholon: Tel. 843133; Haifa: Allgemeiner und Kinderarzt, Tel. 254630.

RADIO und FERNSEHEN

DIENSTAG, 3.9.1974

Nachrichten: jede Stunde

Programm A:

8.05 Musikalische Leckerbissen- Britten, Brahms, Ravel; 9.05 Eine Stunde mit dem Pianisten Michalangelo Benedetti; 9.55 Nachrichten in englischer, 10.55 in französischer Sprache; 10.05 „Die lustige Station"- zweite Folge der Aufnahme im Mai 1974 im Bet Hamore; 11.00 Volkstümliches Hebräisch; 11.15 und 12.15 Programm für Schulen; 11.35 und 12.05 Lied und Chanson; 13.05 Mittagskonzert; 14.10 Für Mutter und Kind; 15.05 Radiowissen- Einführung in die Astrophysik; 15.30 Literatur der Fragen und Antworten; 15.50 Wöchentliche Zusammenfassung der täglichen Mischna-Abschnitte; 16.05 Ein kurzes Gedicht; 16.06 Musik für die Jugend- Die Musik und ich; 16.55 Nachrichten in englischer, 17.55 in französischer Sprache; 17.05 Jazzmusik; 17.45 „Enigma" — musikalisches Spiel; 18.05 Ueber Menschen und Zahlen; 18.55 Für den Landwirt; 19.25 Leichte klassische Musik; 19.50 Rezitation aus der Bibel; 20.05 Welt der Wissenschaft (Wiederholung); 20.30 Israel-Festival 1974 -„Mosche und Aharon", (STEREO) von Arnold Schönberg: In der Pause „Enigma"- Antworten; 23.05 Interview des Monats (mit Daniel Bloch — Wiederholung); 00.05 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.25 und 7.35 Gesänge; 7.55 „Grünes Licht"; 8.10 Morgenprogramm; 10.05 Für die Hausfrau; 12.07 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05 Chansons und Neuigkeiten; 14.10 Neue Schallplatten; 15.05 Wunschprogramm orientalischer Weisen; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe; 16.05 Eine Minute Hebräisch; 16.06 und 16.35 Ausländische Chansons in israelischer Aufmachung; 16.30 Rätselraten- in Fortsetzungen; 17.05 Tagesbericht von den Asien-Spielen, Teheran 1974; 18.05 Lieder um ein Thema; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 „Das liegt mir sehr am Herzen" (mit Miriam Jellin-Steckelis); (Wiederholung); 22.05 „Publikumsmeinung"- Radiophonischer Hyde Park-Corner; 23.05 und 00.05 „Eine kleine Nachtmusik".

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 Melodie und Gesang.

Militärsender:

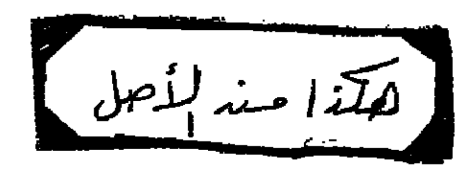
Nachrichten: jede Stunde 6.05 und 7.05 Morgenklänge; 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 9.05 und 10.05 Grüsse mit einem Lied; „Doppelt gut" (Natan Dunewitz); 10.40 „Ich und mein Lied" (mit Effi Netzer); 10.55 Programm mit Uri Sela; 11.05, 12.30 und 13.05 „Warm und schmackhaft"; 11.55 Tamar schlägt vor; 13.30 „Das erinnert mich ...„mit Channa Semer; 13.55 Mitteilungen für Soldaten; 14.05 und 15.05 „Zwei bis vier"; 16.05 „Rufen Sie bitte an" (Iris Lavi); 17.40 Chansons für jedermann; 18.05 „Gefangene in Khaki" — Militärgefängnisse von innen; 19.05 Sondergrüsse — mit Edna Peer; 20.05 „Frisch und munter"; 20.30 Jazzecke; 21.05 Wunschprogramm (Chansons); 22.05 Lasset uns plaudern — mit Natan Dunewitz (auch 23.05); 23.53 Mitternachtsgespräch- Gerschon Schaked: „Beerdigung am Mittag"; In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen — leichte Musik, Lieder, Chansons.

Schulfernsehprogramm:

9.05 Rechnen; 10.00, 12.00 und 16.00 Englisch; 12.40 Technologie; 16.20 „Jetzt oder nie" Film über die Reise von Prinz Philipp in Afrika; 17.11 Zum Ende des Sommers mit Gil Aldema und Asaria Alon.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Informationsfilm; 17.42 Naturfilm „Der Mensch und seine Umgebung"; 18.05 „Ich habe freie Zeit" — was man in der Freizeit machen soll; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; 20.00 Erbgut —„Raw Arie", über den Jerusalemer „Gerechten", sein Leben u. sein Werk; 20.30 Mabat und „Brennpunkt"; 21.00 „MacMillan und seine Frau" — „Blues für Sally M.".



חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

לרבין דרוש אומץ לב

לראש הממשלה רבין דרוש אומץ לב, כדי להתרכז למאבק המדיני שהוא לפי דעתו קשה וגורלי. כדי להתרכז למאבק הוא צריך להשתחרר ממכלול המריבות והחרחורים הפנימיים המפריעים ללחימה כלפי חוץ. ראש הממשלה צריך יוזמה, כדי להביא לחיסול כל השביתות בשרות הצבורי ולשחרר אותנו מן הסיוט הזה. השביתות האלה הן אינן מכוונות לחברה זו או אחרת, אלא הן פוגעות בזכויות היסוד של האזרחים. פגיעות כאלה נמצאות אם אזרח ישראלי אינו יכול לטוס לפי רצונו ואם אין לו אפשרות לשלוח מברק בענין דחוף לחוץ לארץ.

עד כה הלכו הממשלה וההסתדרות בדרך של פשרות ונסיגות. משל הודיע ברדיו שלא תהיה התפשרות נוספת עם עובדי התחזוקה של אל על, אבל רק כמה שעות אחרי זה חיפש סגנו פשרה חדשה במשא ומתן עם השובתים וקצר בו רק עלבון. שר התחבורה הוזעק לארץ, במקום להמשיך במשא ומתן חזוב, יעקבי הצליח להביא את הפועלים לשוב לעבודה. מציעים לחכור מטוסים זרים, כדי להחזיק את הקשר עם חוץ לארץ. פשר הדבר: בזבוז מטבע זר בגלל השביתה, בעוד שקבלנו את הדולרים לבנין הארץ, ולמטרות פרודוקטיביות.

זמן הפשרות והנסיגות עבר. ראש הממשלה צריך בהתיעצות עם כל הגורמים החוגים וגם ע"י חקיקה למצוא שיטות חדשות, אשר יסיימו את גל השביתות וישחררו אותנו סוף סוף מן הסיוט הזה שהוא בחינת מותרות ואינו מתאים לעם ולמדינה במצור.

ו. א. פ.

Der Ministerpraesident muss Mut zeigen

Wenn Ministerpräsident Rabin Mut hätte, so würde er alle Schritte unternehmen, um sich auf den ihm bevorstehenden politischen Kampf zu konzentrieren, den er selbst als schicksalhaft bezeichnet. Erst vor einigen Tagen hat er wegen *dieses Kampfes verlangt*, dass wir alle ein Minimum an nationaler Selbstdisziplin zeigen müssen, damit das politische Ringen nach aussen nicht gestört wird.

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung stimmt Rabin in seinen Forderungen zu, auch die Opposition wird ihn unterstützen. Was kann sie schon für ein Interesse daran haben, einen Kampf zu gefährden, der sich gegen einen Rückzug am Jordan richtet? Der Ministerpräsident wird nur von den kleinen, aber mächtigen Interessentengruppen der Arbeiter- u. Angestellten im öffentlichen Dienst gestört, die der Bevölkerung und der Regierung ihren Willen aufzwingen wollen.

Bisher gingen die Regierung u. die Histadrut in der Auseinandersetzung mit dem Bodenpersonal von El Al nur den Weg der Verständigung und des Rückzugs. Der Generalsekretär der Histadrut Meschel hatte zwar erklärt, ein weiteres Verhandeln mit den Arbeitern komme nicht in Frage, sie sollten schleunigst den gerade ausgehandelten Vertrag unterschreiben. Aber welchen Wert haben die Worte Meschels, wenn nur einige Stunden später sich sein Vertreter Woschtschina mit diesen Arbeitern wieder an den Verhandlungstisch setzte und nach erneuten Kompromissen suchte? Das Kabinett nahm Beschlüsse an, die zwar scharf klingen, aber die keinen realen Inhalt haben. Die Schwäche der Regierung demonstrierte Arbeitsminister Baram, der bei der Erörterung jedes möglichen Schrittes gegen die Streikenden erklärte, dass alles „sehr schwierig sei". Schliesslich wurde der Verkehrsminister Jakobi ins Land zurückgerufen, der sich mit dem Streik befassen muss, statt sich Verhandlungen zum Ausbau unserer Verkehrsdienste widmen zu können.

Ihm gelang es, die Arbeiter zur Arbeit zurückzubringen.

Die Situation, in die wir hineingeraten sind, ist nicht nur traurig, *sondern auch grotesk*. Der Vorschlag wurde gemacht, eine ganze Flotte gecharterter Flugzeuge zu beschaffen, um *den Verkehr aufrecht zu* erhalten. Für diesen Zweck müssen teure Dollars ausgegeben werden, und wir glauben nicht, dass die 50 Mitglieder der UJA-Delegation aus den USA, die Ministerpräsident Rabin so dringend um Devisenhilfe für Israel bat, ihr Geld für Ersatz von Streikschäden hergeben wollen. Für den Aufbau des Landes, aber nicht zur Verschwendung von Mitteln der Mutwilligkeit einer Arbeitergruppe wollten sie Beiträge leisten.

Es geht übrigens nicht nur um das Bodenpersonal. Es geht auch um die Sanktionen der Telegraphenbeamten (die ebenso wie die El Al-Arbeiter Grundrechte der Bevölkerung verletzten), es geht um einen grössenwahnsinnigen Offizier der Handelsmarine, der mitten im allgemeinen Zorn der Bevölkerung androhte, *seine Gewerkschaftsmitglieder* würden mit den El-Al-Arbeitern solidarisch vorgehen. Es sind immer die gleichen Leute, die uns *die Pistole* auf die Brust setzen und mittels Streik alles erreichen wollen. Wie hatte einer der Betriebsleute des Bodenpersonals gesagt: „Wir werden einen Streik durchführen, der den Staat erschüttern wird."

Diesem Ziel nähern wir uns, aber das ist ungefähr das letzte, was wir brauchen. Notwendig ist jetzt heftige Gegenwehr des Ministerpräsidenten persönlich, der angesichts des Versagens der bisherigen Methoden auf Gesetzgebung bestehen muss, die dem Schrecken der Drohungen und der Streiks ein Ende bereite, die auf Nerven Rücksicht nimmt, die die Tatsache in Rechnung zieht, dass wir von gespendetem Geld leben und die das gesamte innere Bild gründlich verändert. Dann werden wir uns in der Weise auf den aussenpolitischen Kampf konzentrieren können, wie es dem Ministerpräsidenten notwendig erscheint.

J.E.P.

Noch kein Beschluss ueber Erweiterung der Regierung

Bei der Sitzung der engeren Leitung der Arbeitspartei, die für heute einberufen ist, ist noch kein dramatischer Beschluss über Einbeziehung der Religiös-Nationalen zu erwarten. Aus Kreisen der IAP wurde darauf hingewiesen, dass vor einiger Zeit die diesem Thema gewidmete Sitzung der Leitung ohne Beschluss abgebrochen wurde, weil die Situation „nicht reif war". Jetzt liegt der Plan eines Kompromisses vor, der die Unterbrechung der amtlichen Registrierung aller Konversionen für ein Jahr vorsieht, und der Boden für die Behandlung und Abstimmung über diesen Plan soll gut vorbereitet werden.

Daher wird auf der heutigen *Sitzung wohl eine* Debatte stattfinden, die Entscheidung soll jedoch der Landeszentrale der Arbeitspartei (Merkas) übergeben werden. Gestern gab es keine weiteren Entwicklungen in den Parteiverhandlungen, da der Generalsekretär der IAP Zarmi, die Ortsgruppe Ejlat besuchte u. für Besprechungen nicht zur Verfügung stand.

Die Stellungnahme der anderen Koalitionspartner wurde folgendermassen definiert: „Mapam und UL nehmen eine abwartende Haltung ein und zeigen sich kompromissbereiter als früher. IAP-Kreise bezeichneten auch die Beschlüsse der Bürgerrechtsbewegung als relativ gemässigt, wenn auch Schulamit Aloni andeutete, die Bürgerrechtsbewegung werde aus der Regierung ausscheiden, wenn die RNP sich anschliessen sollte. Die Bürgerrechtsbewegung hat ihren Vorschlag erneuert, der empfiehlt, in der Identitätskarte den Punkt „Nationalität" überhaupt wegfallen zu lassen. Gegenüber Schulami Aloni nahm Dr. Boas Moaw eine vorsichtige Haltung ein und meinte, die Situation werde sich nur verschliemmern", wenn die Bürgerrechtsbewegung das Kabinett verlassen würde.

Dr. Josef Burg, der ins Ausland reisen wollte, hat die Fahrt um zwei Tage verschoben, aber dies deutet noch nicht auf schnelle dramatische Entwicklungen hin. Kreise der Jüngeren in der RNP dementierten entschieden Gerüchte, dass sie sich mit den Jüngeren der Arbeitspartei auf eine gemeinsame Linie geeinigt hätten. Sie erklärten, sie hätten ihre programmatischen Forderungen nicht aufgegeben. Die Anregungen zu Gesprächen mit den IAP-Leuten seien *von Kreisen* der Arbeitspartei ausgegangen, hätten jedoch kein konkretes Ergebnis gezeitigt.

Nach *Meinung* von Korrespondenten ist eine Klärung der Situation erst zu erwarten, wenn eine offizielle Erklärung der Arbeitspartei vorliegt, und mit dieser ist vielleicht erst nach Rückkehr des Ministerpräsidenten Rabin aus den USA zu rechnen.

Gemeindeverband gegen „Diktate"

„Die Haltung des Gemeindeverbandes (Merkas haschilton hamekomi), *wird nicht* durch die Meinung einzelner Gemeinden bestimmt" — reagierte verärgert der Generalsekretär des Verbandes, Meljon, auf eine Erklärung von 15 Ortsgemeinden. Diese wollen sich nicht an der Aktion zur *Anmeldung für* Wohnungen für junge Ehepaare beteiligen, weil nach ihrer Meinung die Vorschläge im neuen Angebot ungenügend sind.

Im Namen der 15 erklärte der Bürgermeister von Kirja Ono, dass *im neuen* Angebot Wohnungen zu IL 140 000 vorgeschlagen werden, wobei die jungen Ehepaare eine Hypothek von 60 000 IL bekommen, also 80 000 IL in bar zahlen müssen. Dazu sagte der Bürgermeister von Kirjat Ono dass diese Summe von den meisten jungen Ehepaaren nicht aufgebracht werden kann. Die Gemeinden sind heute die „Klagemauer" für junge Ehepaare geworden, die eine Wohnung suchen, und die Gemeindeverwaltungen könnten die Verantwortung für den neuen Plan des Wohnbauministeriums nicht übernehmen. Ihre Forderung geht dahin, dass zuerst die Gemeindezentrale eine Sitzung abhält, um zum ganzen Projekt Stellung zu nehmen.

Antwort des Generalsekretärs Meljon: „Wir bestimmen nicht die Politik des Wohnbauministeriums, und die Gemeinden tragen keine Verantwortung für das Angebot. Sie leisten dem Ministerium lediglich technische Hilfe durch Entgegennahme der Anmeldungen, und damit ist ihre Aufgabe beendet. Die 15 Gemeinden sollten sich mit ihren Beschwerden an das Ministerium wenden und nicht mit einseitigen Protestaktionen drohen.

VERSORGUNG MIT GEMUESE WIEDER IN VOLLEM UMFANGE

Seit gestern werden die Märkte wieder in vollem Umfange mit Gemüse und Früchten versorgt. Die Gemüsehändler haben sich damit einverstanden erklärt, dass das Landwirtschaftsministerium in einer Verfügung die Preise für das Verpackungsmaterial festsetzen wird. Der Streik, der für Sonntag anberaumt war, hatte sich nur in einem Teil der Läden ausgewirkt, während ein grosser Teil seine Arbeit und den Verkauf fortgesetzt hatte.

„Sergeant Brown wird Leutnant"

Grosses Interesse rief die Pressekonferenz hervor, die der Filmschauspieler Raymond Burr (Ironside) gestern im Tel Aviver Hilton-Hotel abhielt. „Ironside", der 1.90 m. gross ist und sich entgegen seiner Filmrolle frei bewegte, wurde ausführlich über *seine Pläne befragt*. Auch die Fernseh-Serie kam zur Sprache, und Korrespondenten wollten wissen, ob der Mitwirkende *„Sergeant Brown"* einmal befördert werden würde. Burr antwortete lächelnd: „In der Polizei von San Francisco ist es schwer vorwärts zu kommen, aber ich kann verraten, dass gegen Ende der Serie Sergeant Brown zum Leutnant ernannt werden wird."

Später war „Ironside" im Mittelpunkt grosser Verbrüderungsszenen in Haifa. Er und sein Mitarbeiter Galloway (Sergeant *Brown*) besuchten *Haifa* und wurden vor dem Hause der Stadtverwaltung mit stürmischer Begeisterung empfangen und *mussten sich mit vielen* Anwesenden, auch Stadtverwaltungsmitgliedern, fotografieren lassen. Anschliessend gab Bürgermeister *Almogi einen Empfang für die* Gäste, bei dem unter Verwendung von „Lechaim" (auf hebräisch) auf das Wohl der Gäste getrunken wurde. Raymond Burr und seine Kollegen fuhren von Haifa aus nach Safed.

Dayan eventuell Dozent an der Bar Ilan-Universitaet

Die Bar Ilan-Universität wird anscheinend dem Knesset-Abgeordneten Mosche Dayan vorschlagen, Vorlesungen im Rahmen der Fakultät für Staatswissenschaften abzuhalten. Wenn Dayan den Vorschlag annehmen wird, so dürfte er seine Vorlesungen höchstwahrscheinlich diesem Thema widmen. Der Universität nahestehende Kreise rechnen mit einer Zusage von Dayan, da er eine gewisse Vorliebe für religiöse Studenten hat. Vertreter des akademischen Sekretariats der Universität wollten sich zu dem ganzen Plan noch nicht äussern. Wenn Dayan zustimmen wird, so würde er der zweite Ex-Minister *sein*, der eine „akademische Laufbahn" einschlägt, da sich schon vorher der bisherige Aussenminister Eban, bereit erklärt hat, an den Universitäten Haifa u. New York (Columbia), Vorlesungen zu halten.

aus dem Lande

Die Tel Aviver Stadtverwaltung will die Eröffnung eines Cafes im Gan Azmaaut im *Norden der Stadt fördern, um* auf diese Weise den Besuch im Park zu verstärken. Die Stadtverwaltung hat beschlossen eine Ausschreibung für den Bau und Uebernahme dieses Cafes zu veröffentlichen.

Das Wohnbauministerium will *in Mizpe Ramon den Bau eines* neuen Viertels planen, das 600 Wohnungen, einschliesslich Villen, umfassen soll. Ausserdem wird das Ministerium mit dem Bau von zwei Häusern mit 64 Wohnungen beginnen. Die Einwohner von Mizpe Ramon, die sich seit langem über Vernachlässigung durch die Regierung beschweren, wollen heute einen grossen Proteststreik veranstalten.

Die Sondersitzung der Knesset, die sich mit dem Thema der Streiks befassen soll, wurde vom *Vorsitzenden des Parlaments für* Montag, den 9.9. einberufen.

Der Sonderausschuss der Regierung, der sich mit der Reorganisierung der Ministerien zu befassen hat, wird in diesen Tagen zusammentreten. Minister Gideon Hausner schlägt u.a. vor, das Arbeitsministerium in seiner Struktur zu verändern und es zu einem Ministerium zu machen, das neben Arbeitsproblemen auch alle *Fragen der Sozialpolitik* behandeln soll.

In der Hauptstrasse von Herzlia, Sokolow Str., wurden drei neue Verkehrsampeln in Betrieb genommen. Die Strasse soll in nächster Zeit erheblich erweitert werden.

Finanzen und Kapitalmarkt

Natad Dollar um sechs Punkte gefallen

Der Natad-Dollar fiel gestern um sechs Punkte und wurde mit IL 4.50 registriert. Dieser Rück*gang ist auf ein Angebot in Höhe* von 230.000.— Dollar aus den Kreisen der Entschädigungsempfänger zu erklären. An jedem *Monatsanfang verkaufen* Bezieher von Renten die ihnen zustehenden Tamam-Beträge, und auf diese Weise ergibt sich dann *ein erhöhtes Angebot*.

Im Handel mit indexgebundenen Pfandbriefen waren nur geringfügige Veränderungen zu *verzeichnen*. Der Umsatz belief sich auf etwa IL 8 Mio. Bei Aktien war die Stimmung weiter lustlos. Die Umsätze gingen nicht über IL 500.000.— hinaus. Lediglich Aktien der Elektrizitätsgesellschaft notierten fünf Punkte mehr.

Dies wird mit *dem Antrag* auf eine einstweilige Verfügung begründet, den Aktieninhabern vor dem Obersten Gericht gegen die Regierung gestellt haben. Die Aktieninhaber verlangen eine Erklärung warum die Regierung nicht einer Erhöhung der Stromtarife *zustimmen will, damit die* Aktieninhaber, die an sich versprochenen Dividenden bekommen können.

Das Statistische Amt veröffentlichte eine Uebersicht, laut der in der Zeit vom 25.—29.8. der tägliche Umsatz bei Aktien sich auf IL eine Million belief (Steigerung des Aktienindex um 1.8%), bei Pfandbriefen auf IL 9 Mio. pro Tag (Steigerung des Index um 1.5%).

Die General Mortgage Bank gibt die Ausschüttung einer Interims-Dividende von 8% für die ersten sechs Monate 1974 bekannt. Die Bilanzsumme ist in dieser Zeit um 36.2% gestiegen.

Die Bank Leumi Investment Gesellschaft berichtet über Verteilung einer Interims-Dividende von *7.5%*.

Laut Mitteilung der Bank Leumi wurden die Geschäfte der Kreditkasse Halvaa we'Chissachon in Sichron Jaakow von der Bank Leumi zum Preise von IL 12.5 Mio. übernommen. Die Generalversammlung bestätigte die Uebergabe mit 220 gegen 10 Stimmen. Die Minderheit ist mit diesem Preis nicht zufrieden und will diesen Beschluss gerichtlich anfechten.

SOLDAT KONNTE SCHWERES UNGLUECK IN RAMAT GAN VERHINDERN

Durch das mutige Eingreifen eines jungen Soldaten konnte ein *schweres Unglück in Ramat Gan* verhindert werden. Vor einer Tankstelle war ein Tankauto vorgefahren, das Benzin in das unterirdische Reservoir der Tankstelle zu pumpen begann. Plötzlich geriet das Auto in Brand und die Gefahr bestand, dass das Feuer auf die unterirdischen Anlagen übergreifen könnte; eine folgenschwere Explosion wäre dann unvermeidlich gewesen. Buchstäblich im *letzten Moment* setzte sich ein junger Soldat in das brennende Auto und konnte den Wagen ein Stück weiterfahren. Dadurch wurde die Gefahr abgewendet. Die inzwischen erschienene Feuerwehr konnte den Brand löschen, der grossen Schaden anrichtete.

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Börse

	2.9.197	2.9.1974
OBLIGATIONEN		
6% Devel. Loan Serie 4 bearer $ linked	269.5	267.5
8% Israel Electr. „B" $ linked	138.8	140.3
8% Industrial Devel. Bank Serie 8 $ linked	251	251
5% Dead Sea Works bearer $ linked	135	137.5
6½% Zim $ linked	127.5	128
Milve Klita 1961 Index126.3	280	280
Milve Klita 1962 Index 132.6	265	271
Milve Klita 1964 Index 132.5	367	366 5
Milve Klita 1965 Index 110.1	327	324
Milve Klita 1966 Index 118.6	280	279
Milve Klita 1967 Index 118.9	270	270
AKTIEN-MARKT		
Ozar Hitjaschwut ord. shares reg.	193	93
I.L.D.C. Bankholding Ord sh	176	176
Bank Leumi „A" ord. stock	216.5	218
General Mortg. Bank ord. shares bearer	239	239
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord sh	237	235
Hassneh Insurance ord. shares	166	166
Housing Mortg. Bank „B" ord sh.	228	227
Delek ord shares reg	125	135
Pal. Cold Stor & Suppl. IL 10	152.5	152 5
Africa Pal Investments ord. b. reg. IL 10 b.	259	254
Israel Land Development ord sh reg IL 10	139	138.5
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	118.5	118.5
Mehadrin	158	160
Anglo Israel Investment	172.5	172.5
Neot Aviv	79.5	83.5
Rassco 8% pref ord. shares reg.	82.5	81 5
Ata „C" ord. reg. shares	107.5	107
Dubek	412.5	412
Phoenicia 8% ord. pref part. bearer	77.5	77.5
Amerikan Israel Papper Mills	251.5	259.5
Assis	193	193
Elgar Investment bearer	81	81
Ellern Investment Ltd. bearer	137.5	139.5
Paz Investments	89	89
Wolfson Clore Mayer Corp. reg IL II	78	78
Discount Bank Inv. bearer	153.5	153.5
Bank Leumi Investment ord. shares	174.5	175
Export Bank Investment	—	61.5
Clal Industries	155	155
Naphta Ltd. ord shares	90	90
Lappidot ord.shares reg.	178	178
I.L.D.C. 10% conv. deb	73	74
Ata 10% conv. deb.	71.5	70.5
D-Mark per $	—	2.6670/90
Swiss Fr. per $	—	3.0135/60
D-Mark	—	1.56
Natad (unter Banken)	4.56	4.50

TENDENZ AM GESTRIGEN BÖRSENMARKT
übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank
Ohne Obligo

** = ex. rights
* = ex coup. div.

K = Nur Käufer
V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds:	schwächer
Index Bonds:	schwächer
Aktien:	schwächer

ISRAEL NACHRICHTEN חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 208 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 3207!
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52

